

Der Textil-Arbeiter

Vereinzelt seid Ihr nichts.
Vereinigt Alles!

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Abonnementspreis pro Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Porto oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Redaktion und Expedition:
Berlin O. 27, Andreas-Straße 61 III
Telephon: Amt Königsplatz, Nr. 1076.

Inserate pro 3gepaltene Petitzeile 2 Mk., Arbeitsmarkt 50 P.
Alle Inseraten-, Abonnements- und Verbandsgelder sind an
Otto Sehm s, Berlin O. 27, Andreasstr. 61 II, zu richten.
Postfachkonto Berlin 5386.

Inhalt.

Geht es aufs Ganze? — Arbeitslöhne und Rentabilität in der deutschen Textilindustrie (VI). — Fortbildungsschulzwang und fachgewerbliche Ausbildung für Textilarbeiterinnen. — Kulturwidrige Folgen des Krieges. — Von unten herauf. — Allgemeine Wochenschau. — Aus der Bewegung in der Textilindustrie. — Aus den Gewerkschaften. — Soziales. — Vereinsgesellschaftliches. — Gerichtliches. — Vermischtes. — Berichte aus Fachkreisen. — Literatur. — Bekanntmachungen. — Totenliste. — Streitfalltafel. — Versammlungsfalender. — Feuilleton: Für Mutter und Kind. — Fachgewerbliche Rundschau.

Geht es aufs Ganze?

Es gewinnt immer mehr den Anschein, als ob die Reaktionen aller Richtungen zu einem konzentrierten Angriff auf die Volksrechte sich vorbereiten. Der Vorstoß der Junker und Scharfmacher gegen das Koalitionsrecht wird von den Reaktionen in den verschiedenen Teilen des Reiches lebhaft unterstützt. Aus allen sozialpolitischen Blüten suchen die Wespen der Scharfmacher Honig zu ziehen, um ihn zu ihren reaktionären Zwecken zu verwenden. Die Flucht der Landarbeiter aus der Tyrannei der Landjunker, die Frage der Arbeitslosenversicherung, die Beschränkung der Freizügigkeit, alles das dient zur Unterstützung der reaktionären Pläne, und die „Gelben“ werden als Fehler und Schmierestöber benutzt, um dann damit prahlen zu können, daß auch Arbeiter an den Kundgebungen teilgenommen haben, die dem Diebstahl der Volksrechte dienen sollen.

Vor kurzem hat in Bochum eine solche Demonstration der Reaktionen aller Richtungen, mit Einschluß der „Gelben“, stattgefunden. Man sprach dort über Zabern, den Reichstag, die Sozialdemokratie, über die wirtschaftsfriedliche (gelbe) Arbeiterbewegung und über die Grenzen der Erwerbswirtschaft und Sozialpolitik. Was über Zabern und die Sozialdemokratie verapft wurde, können wir hier übergehen. Neu war es nicht und auch nicht etwa überzeugend. Auch das war nicht etwa neu und überzeugend, was zu den anderen Fragen gesagt wurde, aber es berührt die gewerkschaftlichen Interessen, und da müssen wir uns schon damit befassen. Der Generalmajor z. D. v. Dittfurth begann den Reigen. Aus seiner Rede klang die Sehnsucht nach den Kürassierstiefeln für die auswärtige Politik und die Sehnsucht nach der Attade gegen die sich ihrer Massenlage bewußt gewordenen Arbeiterschaft. Er bezeichnete es als einen Hohn, die Scharfmacher bis zur Revision der Strafprozessordnung „vertrösten“ zu wollen, ehe gegen das Koalitionsrecht vorgegangen werde. Mit Emphase rief er aus: **Es drängt die Stunde zur Schaffung neuer gesetzlicher Bestimmungen zum Schutze der Arbeitswilligen.** Der Schutz der Arbeitswilligen sei viel wichtiger als eine Aenderung des preussischen Wahlrechts. Wenn man die Zusammenfassung des preussischen Landtages und des Reichstages vergleiche, dann könne kein Zweifel sein, daß, wenn eine Reform nötig sei, sie beim Reichstag, beim Reichstagswahlrecht einzusetzen habe. Der Bericht der „Rölnischen Zeitung“ enthält an dieser Stelle die Bemerkung: „Stürmischer Beifall folgte dieser Redewendung“.

Es ist ja eine lange bekannte Tatsache, daß die Hauptherde der preussischen Reaktion in den Gefilden östlich von Berlin und in denen der rheinisch-westfälischen Schieferindustrie liegen und daß es ein lange gehegter Wunsch der Reaktionen jener Gefilde ist, das Reichstagswahlrecht zu beseitigen. Man brauchte daher nicht sonderlich beunruhigt zu sein, einmal wieder den Herzenswunsch der Krant- und Schlotjunker vorgetragen zu hören. Indessen, die Sache hat doch gegenwärtig eine weit ernstere Seite. Wir sehen an anderen Vorgängen — es braucht nur an das Wort „Zabern“ erinnert zu werden —, daß die Reaktion zielbewußt auf die Revolution von oben hinarbeitet. Und in einem solchen Zeitpunkt gewinnen Äußerungen, wie sie der Generalmajor z. D. v. Dittfurth gebraucht hat, ganz andere Bedeutung. Es ist selbstverständlich, daß mit der Bedrohung des Reichstagswahlrechts auch eine Bedrohung der Existenzbedingungen der beruflichen Arbeiterorganisationen verbunden ist. Denn nicht des Wahlrechts an sich wegen will man ihn zuleibe gehen, sondern um mit der Beseitigung des Reichstagswahlrechts die Bahn frei zu bekommen, dem Volke andere Freiheiten und Rechte zu nehmen. Dem Recht der Koalition, dem Recht der Freizügigkeit will man in erster Linie an den Kranten, und das kann man nur, wenn man erst das Reichstagswahlrecht zur Strecke bringt. Und da nicht anzunehmen ist, daß sich der Reichstag selbst stranguliert, so arbeiten die Reaktionen

auf den offenen Konflikt mit der Volksvertretung des Reiches hin, um zu einem politischen Chaos zu kommen, bei dem sie dann den „starken Mann“, den sie offenbar längst in petto haben, einspringen lassen wollen, und der dann „das Ding drehen“ soll. Wer in den letzten Wochen den Gang der Dinge, die zum Konflikt treiben, aufmerksam verfolgt hat, der kann nicht mehr im Zweifel sein, daß die Reaktion den Zeitpunkt für gekommen hält, wo sie es für nötig erachtet, aufs Ganze zu gehen.

Da ergibt es sich ganz von selbst, daß die Gewerkschaften der Arbeiter auf der ganzen Linie mobil zu machen haben, um das arbeitende Volk zur Verteidigung seiner Menschenrechte auf die Schanzen zu rufen.

Seit Jahren strebt die organisierte Arbeiterschaft dahin, daß das Gesinde, die Arbeiter in der Landwirtschaft, rechtlich und sozialpolitisch auf eine Stufe gestellt werden mit den Arbeitern der Industrie. Deshalb verlangt sie die Aufhebung der Gesindeordnung und der einzelstaatlichen Ausnahmegeetze gegen die landwirtschaftlichen Arbeiter. Sie verlangt die Gewährung des Koalitionsrechts an die Landarbeiter und die Schaffung eines einheitlich geordneten Rechtes auf dem Gebiete des Arbeitsvertrages. Die Junker scheinen denselben Zweck, d. h. auch den Zweck zu verfolgen, Industrie- und Landarbeiter rechtlich und sozialpolitisch auf eine Stufe zu stellen, aber nicht durch die Beseitigung der Ausnahmegeetze gegen die Landarbeiter, sondern durch Schaffung neuer Ausnahmegeetze gegen die Industriearbeiter. Dadurch, daß man den Industriearbeitern nimmt, was die Landarbeiter nicht haben, soll ein Ausgleich geschaffen werden, von dem die Junker erwarten, daß er der Flucht der Landarbeiter von den agrarischen Arbeitsplätzen ein Ende bereiten wird. „Zurück zur Scholle“, so rief der „exakte“ Wirtschaftspolitiker der Brotwucherer, der bekannte Mecklenburger Professor Dr. Ehrenberg in der obenbezeichneten Versammlung der Reaktionen aus. Unter dem „Zurück zur Scholle“ der Junker ist zu verstehen, „zurück zur Leibeigenschaft“. In Sachsen hatten die Agrarier die Regierung schon wegen der Landarbeiterflucht interpelliert. Sie wollten wissen, was die Regierung zu tun gedenke, um der Landarbeiterflucht entgegenzuwirken. Der Minister des Innern, Graf Bismarck v. Goltz, hat erwidert, man solle nur die Zustände auf dem Lande so einrichten, daß sich die Arbeiter dort wohlfühlen, dann würden sie auch auf dem Lande bleiben. Ueber diese Antwort sind die Junker empört. Sie hatten erwartet, der Minister würde die Beschränkung der Freizügigkeit in Aussicht stellen oder doch wenigstens mit diesen Gedanken spielen, damit dann der Faden, der angespannen wurde, weitergesponnen werden könne. Das hat der sächsische Minister abgelehnt, weshalb im preussischen Junkerparlament ein Vorstoß nach der Richtung unternommen wurde.

Man hat sich mancherorts gar nicht recht erklären können, warum gerade die Junker diese Initiative gegen das Koalitionsrecht entwickelten. Man sagte sich, die Junker sind doch an dieser Frage desinteressiert. Dem ist durchaus nicht so. Die Junker wissen sehr genau, daß es das Koalitionsrecht ist, was die Lohnarbeiter veranlaßt, ihre Arbeitskraft lieber in der Industrie als in der Landwirtschaft zu verkaufen. Und die Junker wissen, daß es das Koalitionsrecht ist, welches der Industriearbeiterschaft die Möglichkeit gewährt, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern und damit jene weite Klüft zu schaffen, die zwischen den Lohn- und Arbeitsverhältnissen der Industrie- und Landarbeiter zum Schaden der letzteren auseinanderklafft. Und um eben diese weite Klüft zu beseitigen, soll den Industriearbeitern das Mittel genommen oder doch so verstimmt werden, daß sie keinen Gebrauch zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage mehr davon machen können und die Junker ihre Arbeiter weiter so skandalös ausbeuten und schurkeln können wie bisher.

Das also sind die Beweggründe der Junker bei ihrem Attentat auf das Koalitionsrecht. Auch die Industriearbeiter sollen in arbeiterrechtlicher Beziehung unter Gesetze gezwungen werden, die den Geist der Leibeigenschaft atmen.

So liegen die Dinge! Da darfs auf der Seite der Arbeiter kein Zögern mehr geben. Der Vorstoß der Junker gegen die Rechte der Arbeiter muß nicht nur abgewehrt werden, nein, er muß eine Volksbewegung entfachen, die den reaktionären Feinden des arbeitenden Volkes die Lust für immer benimmt, ihre Klauen nach den Rechten des Volkes auszustrecken. Gehts aufs Ganze, dann drauf aufs Ganze!

Arbeitslöhne und Rentabilität in der deutschen Textilindustrie.

VI.

Bilanzen von Wollfabriken.

Setzen wir an die Spitze unserer heutigen Betrachtungen die Bilanz und Auszüge aus dem Geschäftsbericht der unstreitig größten Firma aus der Wollindustrie Deutschlands, nämlich der Norddeutschen Wollkämmerei und Spinnerei in Bremen, deren Hauptbetrieb in Delmenhorst ist, die aber noch Zweigbetriebe besitzt in Neudorf in Böhmen, in Bahrenfeld, Mühlhausen i. Th., Nowawes, Glücksbrunn und Kappel bei Chemnitz, Eisenach, Langensalza, Leipzig und Hamburg. Trotz der Ungunst der Verhältnisse, die auch an diesem Riesengeschäft nicht vorüberging, wurde im verfloffenen Jahre, nach Abzug sämtlicher Unkosten und Abschreibungen — letztere im Gesamtbetrage von 1 608 935,77 Mk. — ein Reingewinn von 2 845 135,08 Mk. erzielt, dessen Verteilung wie folgt vorgeschlagen wurde:

10 Proz. Dividende	2 250 000,— Mk.
Zuweisung an den Fonds zum Besten der Beamten und Arbeiter	50 000,— "
Rückstellung für Lohnsteuer	50 200,— "
Tantiemen an Vorstand u. Aufsichtsrat	213 173,75 "
Vortrag auf 1914	281 761,33 "
	2 845 135,08 Mk.

Beinahe eine Viertelmillion Mark Tantieme an Vorstand und Aufsichtsrat wurde verteilt und nahezu 300 000 Mk. sind als Gewinn vorgetragen worden. Die Gesellschaft arbeitet neben dem Aktienkapital mit riesigen Summen aufgestapelten Mehrwertes. In der Bilanz stehen folgende Konten:

1. Reserve-Fonds	4 000 000 Mk.
2. Spezial-Reserve-Fonds	4 500 000 "
3. Rückstellung für Beamte und Arbeiter	1 100 000 "
4. " allgemeine wohltätige Zwecke	1 000 000 "
5. Pensionskasse für Beamte und Meister	406 387 "
6. " Arbeiter der Neudeker Fabr.	303 606 "
7. " in Eisenach	55 012 "
8. Unterstützungsfonds in Glücksbrunn	82 275 "
9. " Bahrenfeld	5 000 "
10. Krankenhäusl. in Delmenhorst	18 600 "
	11 470 880 Mk.

Sieht man von der unter Nr. 10 aufgeführten Summe ab, die geschenkt worden ist, so sind immerhin rund 11 450 000 Mark Ertragnisse der Arbeit früherer Jahre allein in diesen Konten untergebracht. Unberücksichtigt bleiben die Werte, die der Gesellschaft durch hohe Abschreibungen auf ihre Fabrikanlagen zugeführt worden sind. Denn der wirkliche Wert der Fabrikanlagen ist doch bedeutend größer wie der zu Buch stehende Wert. In der Bilanz erscheinen folgende Buchwerte für die Anlagen:

1. Grundstücke, Fabrikgebäude, Wasserkräfte, Eisenbahnanlagen usw. in Delmenhorst, Neudorf, Wien, Hamburg, Bahrenfeld, Reiherskiog, Nowawes, Fulda, Glücksbrunn, Eisenach, Langensalza, Mühlhausen i. Th., Kappel, Argentinien und Uruguay = 135 800 14,35 Mk.
2. Beamten- und Arbeiterwohnungen, Krankenhäuser, Mädchen- und Jünglingsheime, Wöchnerinnenheim, Säuglingsheim, Kindergärten, Badeanstalten, Wirtschaften, Konsumvereine, Bäckerei usw. in Delmenhorst, Neudorf, Bahrenfeld, Glücksbrunn, Eisenach, Mühlhausen, Langensalza und Kappel = 3 086 015,16 Mk.
3. Maschinenkonto in allen Fabriken = 6 810 284,45 Mk.
4. Inventarkonto in allen Fabriken = 424 314,74 Mk.

Es ist doch ohne weiteres in die Augen springend, daß erhebliche höhere Werte vorhanden sind. Die Firma ist also finanziell so gut fundiert, daß ihr die brandenden Wogen wirtschaftlicher Stürme nicht viel anhaben können. Das sagt auch der Geschäftsbericht. Wir lesen über die geschäftlichen Aussichten und Verhältnisse der Gesellschaft das Folgende:

„Mit zunehmender politischer Beruhigung und bei der inzwischen eingetretenen erheblichen Erleichterung der Geldmärkte haben sich die Verhältnisse und Aussichten gebessert und wir glauben heute sagen zu können, daß das Unwetter vorüber und die Wege wieder frei sind für eine weitere gedeihliche Entwicklung und zu neuen Fortschritten in unserer Industrie. — Auch hat sich der Preisstand für Fabrikate allgemein gehoben und in ein gewinnbringendes Verhältnis zu den Rohmaterialpreisen bringen lassen.“

Ueber unsere einzelnen Betriebe haben wir das Folgende zu berichten:
In unseren Delmenhorster Werken ist eine erhebliche Erweiterung der Zwirnereianlage vorgenommen und eine

elektrisch betriebene Schmalpurbahn für den inneren Betrieb gebaut worden.

In Neudeck konnte die im letzten Jahresbericht erwähnte neue Kammereinlage nur teilweise in Betrieb genommen werden, da wir infolge der bekanntlich sehr schwierigen Geschäftsverhältnisse in Oesterreich veranlaßt wurden, die Produktion der ganzen Fabrik einzufrieren.

Nach und nach gelang es, die finanzielle Lage der Neudecker Fabrik unter dem Druck der Zeiten gegenüber früheren Jahren eine Einbuße erleiden. Erst die letzten Monate des Jahres brachten einige Erleichterung, so daß wir hoffen können, die Schwierigkeiten in absehbarer Zeit beseitigt zu sehen.

Unsere Fabriken in Bahrenfeld, Mühlhausen, Nowawes, Glücksbrunn und Kappel haben im ganzen befriedigend gearbeitet.

Der Absatz der Fabrikate der Feinspinnereien Eisenach und Langensalza bezeugte dagegen großen Schwierigkeiten, so daß wir in Eisenach eine nicht unerhebliche — inzwischen aber wieder beseitigte — Betriebseinschränkung leider nicht vermeiden konnten.

Auch unser Unternehmen in Fulda hat nicht den vollen Betrieb aufrechterhalten und demnach auch nicht die Umsatzziffer des Vorjahres erreichen können, vornehmlich wegen des fast gänzlich stöckenden Absatzes nach den Balkanstaaten.

Die uns verbundene Firma Bischoff u. Rodatz, G. m. b. H., Hamburg, hat gut gearbeitet und für unsere Beteiligung dieselbe Verzinsung wie im Vorjahre erbracht.

Die Hamburger Wollkämmerei wird wiederum eine Dividende von 4 Proz. verteilen.

Die Sächsisch-Wollgarnfabrik A.-G. vorm. Mittel u. Krüger, Leipzig-Flagwitz, wird, wie im Vorjahre, eine Dividende von 10 Proz., nach gewohnten vollen Abschreibungen, zur Verteilung bringen.

Die Firma Soepner u. Sohn, G. m. b. H., Seifen- und Cremefabrik, Desmenhorst, hat ihren Absatz gesteigert und das finanzielle Ergebnis weiter verbessern können.

Die im Berichtsjahre aus unserer Beteiligung an anderen Gesellschaften vereinnahmten Gewinnanteile für das Geschäftsjahr 1912 sind dem vorliegenden Erträgnis zuzurechnen.

Die Veddburger Wollindustrie A.-G. in Veddburg will sich von ihrem geschäftlichen Rückschlag, wie es scheint, nicht mehr erholen. Die Unterbilanz ist von 589 993 Mk. im Jahre 1912 auf 818 098 Mk. im Jahre 1913 gestiegen. Auf der kürzlich abgehaltenen Generalversammlung beklagte es ein Aktionär, welcher seit vierzehn Jahren Aktien besitzt, sehr, daß seitdem Dividende nicht mehr verteilt worden sei. Angeblich sei die Fabrik mit den besten Maschinen versehen; nun frage es sich doch, ob denn geschultes Arbeitspersonal vorhanden sei, ob geschickte Einkäufer zur Verfügung ständen usw. Wenn dies der Fall sei, auch gute Ware geliefert werde und tüchtige Vertreter vorhanden seien, müßten sich doch auch Erfolge ergeben. Die Aktionäre seien doch schließlich nicht dazu da, um nur eine Verjüngungsanstalt für Beamte und Arbeiter zu unterhalten. Das Unternehmen werde ja in dieser Beziehung bespöttelt.

Der Vorliegende hielt die Anfragen dieses Aktionärs für durchaus berechtigt; der von diesem angebotenen Angelegenheiten habe sich der Aufsichtsrat in den letzten Jahren ja auch schon besonders angenommen. Die Verhältnisse lägen aber in Veddburg ganz außerordentlich schwierig. Die Maschinen ständen allerdings ganz auf der Höhe. Dagegen seien die Erzeugnisse gewissermaßen in Miskredit gekommen, und um den richtigen Absatz zu finden, müsse auch die Weberei in die Höhe gebracht werden. Im vorjährigen Geschäftsbericht habe ja der Aufsichtsrat gesagt, daß er den Schwerpunkt des ganzen Unternehmens in gewinnbringender Beschäftigung der Weberei erblicke und für diese eine geeignete Persönlichkeit gesucht habe.

Das neue Mitglied des Vorstandes sei jedoch erst am 1. Februar 1913 eingetreten und habe sich deshalb bei der am Anfang des Monats Februar herausgegebenen „Warenkollektion“ für das Jahr 1913 noch nicht im gewünschten Maße beteiligen können. Jeder im Tuch- und Wollkämmerei

einigermaßen Erfahrene wisse ja, daß alles von der „Kollektion“ abhängt. Wenn diese einmal draußen arbeite, sei es fast unmöglich, nachträglich noch mit neuen Sorten und Artikeln bei der Kundenschaft Kauflust zu erregen. Diese Kollektion arbeitete nun bis in den Herbst.

Am Ende des Monats August sei dann die Frühjahrskollektion herausgekommen; aber gerade damals seien die großen Schwierigkeiten zwischen den Vereinigungen der Tuchhersteller und denjenigen der Abnehmer entstanden. Die Verbände der Abnehmer setzten gerade zu jener Zeit den Beschluß der „Auftragsperre“.

Bei dem Suchen nach dem neuen Vorstand hätten sich überdies außerordentliche Schwierigkeiten erhoben; man finde vielleicht einen tüchtigen Techniker, dem aber dann die nötigen kaufmännischen Eigenschaften fehlen usw. Auch heute noch sei der Aufsichtsrat nicht fest davon überzeugt, ob die gewonnene Persönlichkeit den außerordentlich großen Schwierigkeiten völlig gewachsen sei. Jedenfalls werde der Aufsichtsrat es nach dieser Richtung hin an der nötigen Umsicht nicht fehlen lassen.

Der Aufsichtsrat bereite zur Beseitigung der Unterbilanz Schritte vor, halte es aber nicht für richtig, darüber schon jetzt in der Öffentlichkeit Mitteilung zu machen. Die zu machenden Vorschläge würden mit größter Sorgfalt geprüft und binnen kurzem einer besonderen Hauptversammlung unterbreitet werden.

Einen erheblich höheren Gewinn wie im Vorjahre erzielte die Firma Sächsisch-Wollfabrik A.-G. in Kehl, die in Forst i. L. und Kehl a. Rh. Fabriken hat. Dem Geschäftsbericht für 1913 zufolge erzielte die Gesellschaft einschließlich 39 541 Mk. (24 945 Mk.) Vortrag nach 69 200 Mk. (67 300 Mk.) Abschreibungen einen Reingewinn von 220 072 Mk. (134 616 Mk.), der wie folgt verwandt werden soll: Rücklage 9027 Mk. (5480 Mk.), Gewinnanteile 53 927 Mk. (14 596 Mk.), wie schon gemeldet, wieder 5 Proz. Dividende gleich 75 000 Mk., Dividendenrücklage 40 000 Mk. (Sicherheitsbestand 20 000 Mk.) und Vortrag 42 118 Mk. Der Umsatz betrug 2,88 (2,43) Millionen Mark. Bis zum Oktober 1913 ist die Gesellschaft vollauf beschäftigt gewesen und hat vom Mai bis September Rekordumfängeln erreichen können. Dann aber sei das Geschäft derart abgeflaut, daß die Gesellschaft nur mit einem Teil ihrer Spinnerei und Weberei beschäftigt war und die Minderumsätze auf das Gewinnergebnis drückten. In der Deckenfabrik habe die Gesellschaft von der Militärverwaltung größere Aufträge erhalten, die, wenn sie auch keinen größeren Nutzen bringen, sie doch für einige Monate beschäftigten. Die Beschäftigung in der neuen Abteilung Koshaarstoffe sei gut gewesen. Dieser Zweig verspreche für die Zukunft größeren Erfolg.

Ebenfalls erheblich günstiger war das Ergebnis der Geraer Strickgarnfabrik Gebrüder Feisthorn, A.-G. in Gera. Das Betriebserträgnis stieg auf 721 228 Mk. (654 159 Mk.), einschließlich 45 781 Mk. (44 895 Mk.) Vortrag und nach Abschreibungen von 58 219 Mk. (68 130 Mk.) auf Anlagen und von 5762 Mk. (3406 Mk.) auf zweifelhafte Forderungen verblieb ein Reingewinn von 277 551 Mk. gegen 222 463 Mk. im Vorjahr. Der Mehrertrag wird mit 50 000 Mk. zur Bildung einer Sonderrücklage verwandt, die Dividende soll wieder 12 Proz. betragen, der Rücklage werden 13 575 Mark (8875 Mk.) überwiesen, als Gewinnanteile 18 679 Mk. (17 803 Mk.) verwandt und 45 297 Mk. (45 781 Mk.) vortragen. Man beachte die drei Merkmale: 12 Proz. Dividende, 50 000 Mk. Sonderrücklage und 45 000 Mk. Gewinnvortrag. Die Arbeiter jener Firma werden zu prüfen haben, ob sich eine solche Disposition mit ihren Löhnen verträgt.

Wie aus der Bilanz ersichtlich ist, beläuft sich bei der Concordia-Spinnerei und Weberei in Bunzlau und Marklissa der Reingewinn des Berichtsjahres — nach Abschreibungen in Höhe von 7 171 0,50 Mk. — auf 167 461,83 Mk., wofür folgende Verteilung vorgeschlagen wird:

4 Proz. ordentliche Dividende	120 000,— Mk.
Zantieme an Aufsichtsrat u. Vorstand	4 795,36 "
Gratifikationen an Angestellten u. Arbeiter	21 000,— "
1/2 Proz. Superdividende	15 000,— "
Gewinnvortrag für 1914	6 668,47 "
	167 461,83 Mk.

Die Aussichten für das neue Geschäftsjahr sind noch unklar. Die Spinnerei ist mit Aufträgen reichlich versehen.

Der Betriebsertrag der Engl. Wollwaren-Manufaktur (vorm. Oldroyd u. Blafelen) in Grünberg i. Schl. für 1913 beträgt 892 309 Mk. (i. V. 764 683 Mk.). Nach Abzug der Unkosten und der Abschreibungen (10 Proz. auf Maschinen und 2 1/2 Proz. auf Gebäude) verbleibt ein Reingewinn von 150 205 Mk. (25 164 Mk.), davon werden für außerordentliche Abschreibungen 124 280 Mk. verwandt und der Rest von 25 927 Mk. vortragen. Im Vorjahre wurde der Reingewinn von 25 164 Mk. nach Zuweisung von 5 Proz. an die Rücklage vortragen.

Die Anton u. Alfred Lehmann-A.-G. in Berlin-Niederschöneweide war 1913 während des Hauptteils des Jahres gut beschäftigt. Lediglich das für die Artikel der Gesellschaft ungünstige anormal warme Herbstwetter habe es verursacht, daß die Lagerbestände sich gegen das Vorjahr vergrößert haben. Da dieselben jedoch nur aus vorantem Material und Waren bestanden, hatte der weitaus größte Teil bereits für inzwischen eingegangene Aufträge Verwendung gefunden. Das laufende Jahr bietet gleichfalls zu guten Hoffnungen Veranlassung, so daß auch für dieses ein normales Resultat zu erwarten sein dürfte. Es wird vorgeschlagen, auf Fabriken 55 488 Mk. (i. V. 47 460 Mk.) abzuschreiben, nachdem bereits die von den Vereinigten Märktischen Tuchfabriken vertragsmäßig jährlich abzuzahlenden 50 000 Mk. wieder vom Maschinenkonto separat abgeschrieben worden sind. Es verbleibt sodann ein Reingewinn von 181 509 Mk. (142 084 Mk.), von dem für die vertraglichen Zantiemen und Remunerationen 26 150 Mk. (17 154 Mk.) und für den gesetzlichen Reservefonds 7858 Mk. (6830 Mk.) zu verwenden sind. Der Rest von 147 500 Mk. (119 000 Mk.) ist entsprechend dem Generalversammlungsbeschluss vom 28. Juni 1912 dem Spezialreservefonds zuzuweisen, der dadurch auf 266 500 Mk. steigt. Der Gewinn wäre erheblich höher gewesen, wenn nicht die ungünstigen Verhältnisse bei den Vereinigten Märktischen Tuchfabriken die Niederschöneweider Gesellschaft zu einer niedrigen Bewertung ihres Besitzes gezwungen hätten.

Bei letzterer Gesellschaft hat sich 1913 nicht erfüllt, was die Verwaltung im Bericht für 1912 glaubte versprechen zu können. Vielmehr schließt das Jahr 1913 wesentlich ungünstiger ab als 1912, nämlich mit einem Verlust von 346 082 Mk. (gegen 159 194 Mk. in 1912), wodurch die Unterbilanz auf 505 276 Mk. erhöht wird. Der Fabrikationsgewinn stellte sich auf 598 963 Mk. (771 306 Mk.). Diesem verminderten Gewinn stehen noch erhöhte Ausgaben gegenüber; es erforderten nämlich, obgleich, wie die Verwaltung mitteilt, der Umsatz zurückgegangen ist, die Sandlungskosten und Zinsen und Skonti 2 277 34 Mk. (203 390 Mk.). Für Abschreibungen, die auch prozentual ermäßigt wurden, sind dagegen nur 236 894 Mk. (256 253 Mk.) verwendet worden. Reservestellung auf Debitoren wurde nicht vorgenommen (im Vorjahr 18 500 Mk.). Im Geschäftsbericht führt die Verwaltung das ungünstige Ergebnis auf die Streitigkeiten zurück, die zwischen den Großisten und deren Kundenschaft herrschten, wodurch die Aufnahmefähigkeit der Großisten sehr gelitten habe. Dazu sei ein außergewöhnlicher früher Abschluß der Winteraison gekommen. Die Gesellschaft mußte dagegen ihrerseits die in Auftrag gegebenen Materialien übernehmen. Um sie zu verwerten, habe sie neue Artikel herausbringen müssen, die nur zu unlohnenden Preisen verkauft werden konnten. Vom Juli ab sei die Gesellschaft gezwungen gewesen, die Produktion erheblich einzuschränken. Ueber das laufende Geschäftsjahr schreibt die Verwaltung folgendes: „Die Aussichten für das Jahr 1914 sind zwar noch nicht gut. Es liegen noch zuviel billige verkaufte Posten Ware von der schlechten Winteraison 1913/14 am Markte, doch sind unsere Fabrikate viel zahlreicher eingeführt als in 1913. Wir haben unsere Verkaufsorganisation durch Neuanstellung von Verkäufern und Agenten verstärkt und werden daher voraussichtlich bald wieder voll beschäftigt sein, wodurch wir auch bessere Resultate zu erzielen hoffen.“

Der Aufsichtsrat der Wollwarenfabrik „Mercur“ in Liegnitz beschloß die nahezu eine halbe Million (452 663 Mk.)

Für Mutter und Kind.

Warum sollte denn bei natürlicher und freier Erziehung dein Kind dich belügen? Was hat es dir zu verbergen. Du tadest es nicht, du straffst es nie, du verlangst nichts von ihm. Warum sollte es dir nicht alles, was es getan hat, ebenso harmlos sagen wie seinen kleinen Spielgefährten?

J. J. Rousseau.

Die Kinderlüge.

Bisher war die Kinderlüge lediglich ein Problem der Moral. Man sah sie als eine sittliche Verfehlung an, die allgemein als verächtlich galt, und wenn eine Mutter an ihrem Kinde die erste Unwahrheit entdeckte, war sie schmerzlich betroffen und betrübt; sie ließ es an eindringlichen Ermahnungen nicht fehlen und hoffte zuversichtlich, daß das Kind den Weg zur Tugend der Wahrhaftigkeit wieder finden werde. Denn der Gedanke, ein lügenhaftes Kind zu haben und das auf Offenheit und Wahrhaftigkeit aufgebaute gegenseitige Vertrauensverhältnis gestört zu sehen, war ihr schrecklich. Das ist auch heute noch vielfach so. Nichts Schlimmeres, als ein lügenhaftes Kind! sagen die Eltern, ja, ein sonst sehr frei und fortgeschrittenes Reformpädagog erklärt in einer Versammlung: Meine Kinder haben vollste Freiheit, sie dürfen alles — bloß nicht lügen! Und täglich kann man es beobachten und erfahren, daß Väter und Mütter alle Unarten und Streiche der Kinder zu verzeihen bereit sind, bei der Lüge aber gibt es kein Pardon; da wartet die nachsichtigste Mutter mit Ohrfeigen auf und der ruhigste Vater gerät in Hitze und Erbitterung und greift zum Stock.

Und doch gibt es kaum ein Gebiet, wo von Eltern und Erziehern so viel und so grob an Kindern geübelt wird wie hier. Die Kinderlüge ist nämlich zunächst gar kein Problem der Moral, hat mit Gut und Böse nicht das mindeste zu tun. Sie ist eine wissenschaftliche An-

gelegenheit, ein Problem der Seelenkunde. Leider hat die kinderpsychologische Forschung noch nicht vermocht, alle Seiten der dunklen und komplizierten Frage aufzuhellen; aber soviel steht fest, daß das kleine Kind, wenn es lügt, keineswegs ein schlechtes Kind ist oder aber im Begriff zu stehen braucht, ein solches zu werden. Was so oft schon nachgewiesen ist und nicht oft genug betont werden kann, zeigt sich hier in eklatanter Klarheit: daß nämlich das Gaudeln bei Kindern von anderen Antrieben ausgeht, sich nach anderen Gesetzen vollzieht und daher auch nach anderen Maßstäben bewertet und beurteilt werden muß als bei Erwachsenen.

Wenn Erwachsene lügen, so heißt das, sie machen bewußt falsche Aussagen in der Absicht, zu täuschen. Zweierlei charakterisiert die Lüge: das Bewußtsein der Falschheit und die Absicht der Täuschung. Fehlt das eine oder andere Merkmal, so kann von einer Lüge nicht gesprochen werden. Bei dem kleinen Kinde fehlen die Merkmale immer, bei den größeren zumeist. Es ist daher weder Weltfremdheit noch Übertreibung, wenn — etwas paradox — behauptet worden ist: Noch nie habe ein Kind von vier oder fünf Jahren eine Lüge gesagt. Was man bisher als Kinderlüge angesehen hat und unzähligen Eltern heute noch als solche gilt, verdient den häßlichen und bösen Namen überhaupt nicht; Wort und Begriff Lüge sind viel zu plump, zu verlegend dafür. Denn nicht um Lügen handelt es sich, sondern um Sinnes- und Erinnerungstäuschungen, die psychologisch erklärlich und verständlich sind, um Zeit-, Ort- und Tatsachenirrtümer, um Produkte einer noch ungezügelter Phantasie oder um reflexartige Abwehrhandlungen, die durch das Gefühl der Schwäche veranlaßt sind. Also um feine und komplizierte seelische Erscheinungen, die mit verständigen Augen betrachtet und mit zarten Fingern angefaßt sein wollen. Das Kind muß eben erst aus der Periode der natürlichen Unvollkommenheit seiner Aussagefähigkeit herauswachsen, ehe sich in ihm — wie Stümpell sagt — „jene Gewissenhaftigkeit des historischen Sinnes begründen läßt, welche von der Wiedergabe oder Wiedererzäh-

lung auch der allgeringfügigsten Begebenheit völlige Treue und Genauigkeit verlangt“.

Wie schlecht wir Erwachsenen im allgemeinen sehen, d. h. wie wenig treu und zuverlässig unser Auge, unser Gesichtssinn Rechenschaft von dem ablegt, was wir vielleicht oft, sogar hundert-, tausendmal gesehen haben, ist bekannt. Mit dem Hören ist es nicht besser. Auch die geschulte, die schärfste und andauerndste Beobachtung ist Irrtümern und Täuschungen ausgelegt. Um wieviel leichter und häufiger muß erst ein Kind zum Opfer dieser unvermeidlichen Mängel werden. Nicht jedes Kind ist imstande, eine solche Genauigkeit der Beobachtung, Sorgfalt und Ausdauer im Wahrnehmen, Deutlichkeit und Klarheit im Vorstellen und Korrektheit in der mündlichen Wiedergabe zu erwerben, damit seine natürliche Suggestibilität (Beeinflussbarkeit) so gering wird, daß von einer objektiven Berichterstattung gesprochen werden könnte. Man hat Kindern Bilder gezeigt, sie auf Einzelheiten dabei aufmerksam gemacht und das Gesehene sofort hinterher oder nach längeren oder kürzeren Zwischenräumen mit oder ohne Voraussetzungen einzelne oder zu Gruppen vereinte Gegenstände, Vorgänge auf der Straße, Erlebnisse in der Schule, im Theater usw. beobachten und dann schriftlich fixieren lassen — stets hat sich gezeigt, daß die Differenz zwischen dem subjektiven Gefühl der Richtigkeit einer Leistung und der objektiven Richtigkeit bei Kindern bedeutend, vielfach geradezu ungeheuer war. Am schlimmsten natürlich bei kleinen Kindern, die, weil ihnen besonders noch jeglicher Zeitpunkt fehlt, Vergangenheit zurückzuersehen. Gestern, heute, morgen — in dem kleinen Hirn geht alles noch durcheinander, und leicht gerät ein Vorgang an die falsche Stelle; kommt dazu eine Suggestivfrage, die über irgendeine Tatsache vom Kinde Aufschluß wünscht: Wen hast du heute getroffen? Hast du den Ball dorthin gelegt?, so ist die „Lüge“ fertig, ohne daß der kleine Mensch ein Lügner ist. Namentlich dann, wenn eine Nötigung zum Besinnen erfolgt. Wie oft geht es selbst Erwachsenen so, daß sie, wenn sie sich plötzlich auf etwas be-

Reingewinn so zu verteilen, daß die Aktionäre 20 Proz. Dividende bekommen, 60 000 Mk. dem Reservefonds überwiesen und 94 470 Mk. vorgetragen werden.

Fortbildungsschulzwang und fachgewerbliche Ausbildung für Textilarbeiterinnen.

Die jugendlichen Textilarbeiterinnen stehen gegenwärtig im Mittelpunkt des Interesses. Auf der einen Seite sind es die Textilindustriellen, die gegen die von einzelnen Stadtverwaltungen beschlossene Fortbildungsschulpflicht für Mädchen energisch protestieren, auf der anderen Seite sind es die im „Verband für handwerksmäßige und fachgewerbliche Ausbildung der Frau“ vereinigten bürgerlichen Damen, die nunmehr die auf ihrer Konferenz vor Jahresfrist beschlossene Förderung der fachgewerblichen Ausbildung der Fabrikarbeiterinnen praktisch in Angriff nehmen wollen. Daß sie sich dazu die Textilindustrie ausersehen haben, darf nicht überraschen. Sind doch in ihr nicht nur die meisten weiblichen Arbeitskräfte überhaupt beschäftigt, sondern auch die meisten jugendlichen weiblichen. An Menschenmaterial würde es den bürgerlichen Damen bei ihrer sogenannten praktischen Förderung der fachgewerblichen Ausbildung in der Textilindustrie also nicht mangeln. Treten doch 75 Proz. der Textilarbeiterinnen bereits mit 14 Jahren in die Industrie ein. Dieser Umstand rechtfertigt aber noch immer nicht, daß sich die Damen nun gerade die Textilindustrie als Betätigungsfeld ausersehen haben.

Was auf der Hauptversammlung dieses Verbandes bürgerlicher Damen über die fachgewerbliche Ausbildung der Textilarbeiterin gesagt wurde, haben wir in Nr. 23, Jahrgang 1913, des „Textilarbeiter“ eingehend berichtet. Die eine der Referentinnen hatte zu ihrer Information einige Zeit in einer Spinnerei gearbeitet. Da hatte sie Gelegenheit gehabt, festzustellen, daß bei der in der Textilindustrie üblichen Teilarbeit eine durch mehrjährige Lehrzeit erworbene fachgewerbliche Ausbildung für die Arbeiterin gar nicht verwertbar ist; denn das Profitinteresse der Unternehmer verlangt eben, daß im Produktionsprozeß nur Teilarbeit für den einzelnen in Frage kommt. Nur durch sie ist es möglich, die Arbeitsleistung des einzelnen aufs höchste zu steigern. Wo nur in völliger Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse — die bei den bürgerlichen Damen übrigens nichts Seltenes ist — kann man sich die Textilindustrie als Betätigungsfeld für die fachgewerbliche Ausbildung aussuchen.

In Flugblättern machen die Damen für ihre Bestrebungen Propaganda. In einem dieser Flugblätter führen sie an, daß die fachgewerblich gut ausgebildeten Arbeiterinnen seltener von einem Betriebe zum andern wandern werden. Dadurch werde die Leistungsfähigkeit der ganzen Industrie gesteigert. Das würde also mit anderen Worten heißen, fachgewerbliche Ausbildung wäre ein Mittel, die Arbeiterinnen dauernd an einen Betrieb zu fesseln. Das wird dadurch bestätigt, daß in dem Flugblatt von den Unternehmern verlangt wird, selbst für solche Einrichtungen einzutreten. Neben der Lehrzeit sollen Kurse hergegeben, die entweder in der Arbeitszeit an Vormittagen mit wöchentlich 4—6 Stunden oder außerhalb der Arbeitszeit an einem Wochenabend stattfinden sollen. Die Arbeitgeber müssen für die Einrichtung von gewerblichen Pflichtfortbildungsschulen für die Arbeiterinnen eintreten, die, als Berufsschulen ausgestaltet, die beruflichen Kenntnisse der Mädchen erweitern und damit Interesse und Freude an ihrer Arbeit steigern. Diese sollen, solange gewerbliche Pflichtfortbildungsschulen noch nicht überall eingeführt sind, wenn möglich den bestehenden Fachschulen der Textilindustrie angegliedert werden, um den Arbeiterinnen Gelegenheit zur Erwerbung guter fachgewerblicher Kenntnisse zu geben. Es liegt im Interesse der Arbeitgeber, die eine oder andere Einrichtung selbst zu schaffen oder sie zu veranlassen.

Wir haben gegen die fachgewerbliche Ausbildung der Arbeiterinnen trotz mancher Bedenken, daß sie schließlich dem Unternehmer mehr als der Arbeiterin zugute kommen würde, natürlich nichts einzuwenden, da sie für die Arbeiterin wie für den Arbeiter gleich berechtigt ist, können aber nicht einsehen, daß sie außer einigen Schülerinnen, die sich vielleicht zu Aufseherinnen ausbilden könnten, den Arbeiterinnen soviel Nutzen brächte, daß damit die Nachteile einer drei- bis

vierjährigen Schulzeit aufgewogen würden; die meisten würden doch nur in Teilarbeit tätige Lohnarbeiterinnen bleiben.

Zudem wird aber das Interesse der Unternehmer für die Fortbildung der Arbeiterinnen überhaupt ganz erheblich überhöht. Erleben doch gerade die Unternehmer der Textilindustrie namentlich im rheinischen Industriebezirk ganz energisch Protest gegen das Vorgehen der Kölner Stadtverwaltung, welche beabsichtigt, den Pflichtfortbildungsschulunterricht auch für gewerbliche Arbeiterinnen einzuführen. Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ berichtet von einer von Handelskammern und wirtschaftlichen Vereinen Rheinland-Westfalens veranstalteten Versammlung, die ein Rundschreiben an die Regierungsbehörden und Gemeindevorstände zu richten beschloß, in dem es heißt: „Aus Anlaß der von der Verwaltung der Stadt Köln beabsichtigten Ausdehnung des Fortbildungsschulzwanges auf gewerbliche weibliche Arbeiter, beschließt die Versammlung, daß eine Ausdehnung dieses Unterrichts auf gewerbliche weibliche Arbeiter unter allen Umständen abzulehnen sei.“ Weiter spricht die Versammlung aus, daß die Gemeinden und Behörden überall da von einer weiteren Ausdehnung des Pflichtfortbildungsschulunterrichts für ungelernete weibliche Arbeiter absehen sollten, wo davon die Gefahr einer Beeinträchtigung von Handel und Industrie zu befürchten sei.

Es sind durchweg die Handelskammern größerer Textilstädte, in denen die Textilindustriellen Einfluß haben, die in dem Rundschreiben ihren arbeiterfeindlichen Standpunkt vertreten. In der Begründung heißt es, daß der Unterricht während der Arbeitszeit eine Beeinträchtigung der fortbildungsschulpflichtigen Arbeiter beschäftigenden Betriebe bedeute, daß er ihnen die jugendlichen Arbeitskräfte entzieht, die ein unentbehrliches Glied im Arbeitsvorgang bildeten. Für gewerbliche Arbeiterinnen liege (nach Ansicht der Unternehmer) zudem ein Bedürfnis nach Fortbildungsschulunterricht nicht vor; sie könnten aus ihm Nutzen nicht ziehen, weil es sich bei ihnen nur um einfache Handierungen handle, die in der Praxis erlernt würden und für die die Schule nicht das mindeste zu bieten vermöge. Die Kreisfelder Handelskammer bringt in einem Gutachten ebenfalls zum Ausdruck, daß sich die Ausbildung ungelerner Arbeiterinnen am besten wie bisher in der Fabrik vollziehe, wo Gelegenheit genug geboten werde, die lediglich in der Praxis zu erwerbende körperliche Geschicklichkeit zu vervollkommen. Gehen den in den Fortbildungsschulen zu erteilenden Haushaltungsunterricht hat die Kreisfelder Handelskammer dann nichts einzuwenden, wenn derselbe nach Schluß der Fabriken, also nach 5 Uhr nachmittags, erteilt wird. Mit dem Anspruch auf die in der Fabrik zu erwerbende Geschicklichkeit der Arbeiterinnen bringt das in der Handelskammer vertretene Unternehmertum deutlich zum Ausdruck, daß es jeder Ausbildung weiblicher Arbeiter abhold ist. Und von diesen Unternehmern glauben die Damen, daß sie sich für die Einrichtung von gewerblichen Pflichtfortbildungsschulen einsetzen würden, um einer Gruppe von Damen Gelegenheit zu geben, sich durch Förderung fachgewerblicher Ausbildung der Textilarbeiterinnen einen Namen zu machen! Bei der feindlichen Haltung der Textilindustriellen gegen die Pflichtfortbildungsschulen für gewerbliche Arbeiterinnen ist die von dem „Verband für handwerksmäßige und fachgewerbliche Ausbildung der Frau“ geplante Ausbildung der Textilarbeiterinnen ein totgeborenes Kind.

Uns Textilarbeitern erwächst aber die Aufgabe, für die Einrichtung von Pflichtfortbildungsschulen einzutreten, um den jungen Arbeiterinnen Gelegenheit zu geben, das in der Volksschule erworbene Wissen zu festigen, um für den Daseinskampf besser gerüstet zu sein. Auch der Arbeiterin tut es dringend not, über ein bestimmtes Maß von Wissen zu verfügen, um sich gegen sie überall im Produktionsprozeß bedrohende Ueberschneidungen wehren und auch die Zusammenhänge des Wirtschaftslebens begreifen lernen zu können. Daß die Fortbildungsschulen Unterweisung in Haushaltungssachen vermitteln, entspricht einem dringenden Bedürfnis. Dank der kapitalistischen Ausbeutung ist der Arbeiterhaushalt zerrissen. Die Mutter, die sonst die Tochter im Haushalt unterweisen konnte, muß gleich der Tochter, die sich auf künftige Hausführung vorbereiten mußte, in die Fabrik. Es beweist ein hohes soziales Verständnis, wenn die Stadtverwaltungen durch Einführung des Haushaltungsunterrichts in der Fortbildungsschule dafür Sorge tragen wollen, daß die

jugenden Arbeiterinnen mit dem Haushaltswesen vertraut gemacht werden sollen; denn die jungen Arbeiterinnen von heute sind die Hausfrauen und Mütter der Zukunft.

Daß mit solchen sozialpolitisch wichtigen Einrichtungen das industrielle Preußen nicht an erster Stelle steht, ist bei dem sozialpolitischen Geist, der es beherrscht, selbstverständlich. Der Widerstand, der gerade in dem industriereichen Rheinland der Einführung der Pflichtfortbildungsschule für Arbeiterinnen entgegengekehrt wird, kennzeichnet diesen preussischen Geist treffend. Es muß deshalb Aufgabe der Arbeiterchaft sein, auch auf diesem Gebiete vorwärts zu schreiten. Es ist im Interesse der Aufwärtsentwicklung der Arbeiterklasse dringend erforderlich, daß durch Einführung der obligatorischen Fortbildungsschule auch den Arbeiterinnen das Maß von Wissen vermittelt werde, dessen sie für den wirtschaftlichen Kampf bedürfen. Was in einigen Bundesstaaten und den größeren Industriestädten Sachsens möglich war, muß in allen Industriegebieten eingeführt werden. Nicht das Profitinteresse des Unternehmertums darf die Einführung obligatorischer Fortbildungsschulen für Arbeiterinnen aufhalten, sondern das Klasseninteresse der Arbeiterchaft erfordert gebieterisch ihre Errichtung. Viel zu lange hat man die Bildung der weiblichen Arbeiterjugend sträflich vernachlässigt. Es ist die allerhöchste Zeit, auch die jungen Mädchen zum Fortbildungsschulbesuch anzuhalten, um zu verhindern, daß in den Jahren, wo der Intellekt sich entfaltet, nicht durch die Einförmigkeit des ununterbrochenen Arbeitsprozesses jede geistige Regsamkeit gelähmt werden kann. Und unbekümmert um die Schwierigkeiten, die angeblich aus der Abhaltung der Schulstunden während der Arbeitszeit den Unternehmern erwachsen können, haben wir energisch darauf zu bestehen, daß die Schulstunden in die Tageszeiten verlegt werden, weil junge Menschenkinder nach einer Tagesarbeitsleistung nicht mehr frisch genug sind, wirklich lernen zu können. Auf jeden Fall aber haben wir uns dagegen zu wehren, daß der Sonnabendnachmittag etwa benützt werde, die jungen Mädchen in der Fortbildungsschule festzuhalten. Der Sonnabendnachmittag muß unter allen Umständen frei bleiben, um den Sonntag zu einem wirklichen Ruhe- und Erholungstag für die Arbeiterinnen werden zu lassen.

Unsere in den Stadtparlamenten und Gemeindevertretungen tätigen Kollegen werden überall dafür Sorge zu tragen haben, daß die Einrichtung der so dringend notwendigen Pflichtfortbildungsschulen für Arbeiterinnen beschloßen wird. Bei der Agitation wird die Notwendigkeit des Fortbildungsschulunterrichts für unsere jungen Arbeiterinnen besonders betont werden müssen; denn wenn die Arbeiterchaft sich nicht rührt, das vorhandene Bestreben für die Errichtung der Schulen zu fördern, ist zu befürchten, daß die Bewegung wieder ins Stocken gerät. Das müssen wir aber in unserem eigenen Interesse verhindern. Martha S o p p e.

Kulturwidrige Folgen des Krieges.

Unter dem Titel „Die Reaktion in Serbien“ hat der Genosse Pawle Pawlowitsch dem Internationalen Sekretariat der gewerkschaftlichen Landeszentralen eine Mitteilung gemacht, welche zeigt, wie kulturfeindlich Kriege im allgemeinen wirken und wie sie besonders die Arbeiterklasse schädigen, nicht nur während ihrer Dauer, sondern auch noch später. P. schrieb:

„Wir leiden immer noch unter den Folgen des Krieges. Während des letzten Konflikt hatte man die Proletariat bis zum letzten unter die Waffen gerufen, und nun der Krieg beendet ist, senken sie alle unter der Krise, deren Ende noch nicht abzusehen ist. Wer weiß, was von den guten oder schlechten Lebensbedingungen der großen Masse des Volkes abhängt, wird sich vergebens erwarten können, daß das ganze wirtschaftliche Leben bei uns in Fesseln liegt.“

P. zeigt dann, daß fast alle Bevölkerungsklassen, außer den Arbeitern, von dem Kriege Nutzen hatten, und fährt dann fort:

„... Die Arbeiter befanden sich in verzweifelter Notlage und nahmen jede Arbeit zu jedem Preise an; ihre einzige Sorge war, Arbeit zu erhalten. Die Gewerkschaften wurden zerrissen oder dermaßen geschwächt, daß sie Willküraktionen nicht entgegenzutreten konnten. Als ein großer Teil unserer Arbeiter noch auf dem Schlachtfeld war, machten sich dies unsere „patriotischen“ Unternehmer zunutze und verlängerten

finnen sollen, völlig ratlos und kopfschüttelnd werden, dabei schließlich Antworten geben, die mit der Wirklichkeit — zu ihrer eigenen nachträglichen Bestürzung — im schreienden Widerspruch stehen.

Eine sehr häufige Verführerin zur Unwahrheit ist im Kindesalter die lebhafteste Phantasie. Wir wissen, wie Goethe in seiner Jugend schwandelte; was für Zauber- und Mordgeschichten er erfand; wie er mit sieben Jahren seinen Gespielen von dem „neuen Paris“ berichtete, als ob er selbst all die wunderbaren Dinge erlebt hätte — es ist die Freude am Erfinden, die Luft zum Fabulieren, die im Kinde lebt und zur Gestaltung drängt. Was sie produziert, ist nichts Bösartiges und Unmoralisches; mit C. und W. Stern kann man die harmlosen Ausschneidereien und Phantastereien am besten wohl unwillkürliche Scheinlügen nennen. „Sie sind nur eine von den Formen, in denen sich die fortwährend tätige Phantasie des Kindes niederschlägt. Wie das Kind mit Handlungen spielt, so auch mit Aussagen. Es besteht kein prinzipieller Unterschied, ob es gegenwärtiges Einkaufen fingierend im Zimmer umherläuft, als sei es beim Kaufmann, Butter und Eier verlangt, danke schön sagt usw. — oder ob es mit Auslassung der Handlung ähnliche fingierte Geschehnisse in die Vergangenheit verlegt und nun sagt: Das habe ich gekauft. Das Erzählen ist dem Kinde oft nur Ausdruck augenblicklichen subjektiven Vorstellens, mag dieser Subjektivität nun etwas Wirkliches entsprochen haben oder nicht.“ So berichten lebhaft und phantasiebegabte Kinder oft unglaubliche, sinnlose Dinge, teils zu eigener Unterhaltung, teils um für ihre Phantasieprodukte einen Ausdruck zu haben. Etwa: daß auf einem Fahrrad 40 Radfahrer gefahren hätten, daß in Berlin Hasen und Hunde über die Dächer liefen, daß das Kind während der Ferien in Amerika gewesen sei u. a. m. Ein Junge erzählte dem Vater, daß er hundert Hasen gesehen habe. Der Vater, der seinen Jungen kannte, tat wenig erstaunt, nur wunderte er sich, woher der Junge die genaue Zahl wisse. „Hast du sie alle gezählt?“ — „Das nicht, Vater.“ — „Vielleicht waren es nur 99.“ — „Nun ja, vielleicht.“ — „Oder nur 98?“ Und so weiter, bis herab auf

einige wenige. Der Vater hatte Geduld und ein gutes pädagogisches Geschick, das nicht ohne Takt und Zartgefühl war. Als er schließlich ernsthaft die Gewissensfrage stellte: „Und der eine Hase, wo war er, wo hast du ihn gesehen?“ Da kam's heraus: „Aber geräuschelt hat's im Busch, wahrhaftig, Vater.“ So sind die kleinen Lügenhelden alle, man nehme sie nur mehr von der scherzhaften Seite, gehe zum Schein auf ihre Windbeutelereien ein und lasse sie nach und nach merken, daß noch andere Menschen da sind, die die Dinge mit ihren Augen betrachten und den Schwindel bald erkennen. Diese stille und kluge Methode wirkt in der Regel sehr ernüchternd, selbst auf blühende Phantasien.

Vielfach tritt die Lüge bei Kindern auch als eine Art Abwehrhandlung auf. Da soll das Kind einen Schlüssel verloren haben. „Die Spinne hat den Schlüssel aufgefressen.“ Ist die interessante Antwort Bubis. Ein andermal hat das Vögelchen den Mauerfalk abgebrochen, der Bruder den Teller zerbrochen usw. Furcht vor Strafe gibt wohl hier den Kindern den Gedanken an eine Rettung durch Lügen ein. Ueberhaupt dürfte Furcht eine Hauptquelle der Lüge sein; Furcht vor dem strengen Vater, der scheltenden Mutter, dem unfreundlichen Lehrer; an die Hausaufgaben knüpft sich ein ganzes Heer von Lügen: „Wehleidige Kinder, die ein starkes Schugbedürfnis haben, lügen, um Mitleid zu erregen und Schonung zu genießen; sie können nicht singen, weil sie eine schwache Lunge haben“, nicht turnen, weil es in den Gelenken sticht“, nicht schreiben, weil sie den Krampf bekommen“, keinen Reis essen, weil sie mit Leibschmerzen geplagt sind“ usw. Hier kann große Nachgiebigkeit und Rücksichtnahme den Gang zur Unwahrhaftigkeit ebenso fördern wie im umgekehrten Falle zu große Strenge und schroffe, furchterregende Behandlung.

Es gibt auch noch Lügen aus N e n o m i e r s u c h t und kindlicher Wichtigkeitserei, ferner solche, die dem Autoritätsglauben und gewissen Zu- und Abneigungen entspringen, und endlich h e r o i s c h e L ü g e n, bei welchen Kinder falsche Geständnisse ablegen, um Kameraden vor Strafe zu schützen. Alle diese Lügen sind verhältnismäßig harmlos und bieten

keinen Anlaß zu Besorgnis; hingegen ist die k r a n k h a f t e L ü g e, die in Lügenjucht übergehen kann, eine ernsthafte und für den Erzieher unter Umständen recht schwierige Sache.

Auf jeden Fall wird der Erzieher das Kind, das mit Unwahrheit umgeht, sorgfältig beobachten müssen, um zunächst festzustellen, aus welchen Ursachen und Veranlassungen die Lüge entsteht. Das ist vorerst die Hauptaufgabe, denn die Wahl des Mittels, das zu wirksamer Begegnung des Übels anzuwenden ist, ergibt sich hieraus von selbst. Im allgemeinen gelte dabei als Regel: wenig Worte, keine Moralpredigten, vor allem keine Schläge, dagegen auf frischer Tat ein Blick, der dem Kinde sofort sagt, was die Glocke geschlagen hat; im übrigen einen freundschaftlichen Verkehrston, der Zuneigung und Vertrauen aufkommen läßt, und ein kameradschaftliches Verhältnis, konsequente Gewöhnung an Wahrhaftigkeit in Wort und Wandel, vor allem ein persönliches Vorbild unbedingter Wahrhaftigkeit, das seine suggestive Kraft auf das bildungs- und entwickelungsfähige Gute im Menscheninnern nie verfehlt.

Umgang mit Kindern.

Je weniger Prügel, desto weniger Lügen.

Ein lügenhafter Junge von zehn Jahren, der bisher stets Prügel bekommen hat, wenn der Vater von einer seiner Lügen erfuhr, wird gewiß höchst verwundert sein, wenn er plötzlich mehr bekäme. Er wird sich gewiß zunächst fragen: Das ist ja herrlich, da kann ich ja jetzt nach Belieben drauf los lügen. Er wird auch noch jahrelang weiter lügen, selbst wenn er von Vater und Mutter niemals eine Lüge hört. Denn, wo die Lügenhaftigkeit einmal eingewurzelt ist, da ist sie sehr schwer wieder auszutreiben. Ob nicht aber doch früher, als man es erwartet, der Tag kommt, an dem er wenigstens die Eltern nicht mehr belügt? Weshalb lügt er denn? In den allermeisten Fällen aus Furcht vor Prügeln. Zum Teil wohl auch, um die Eltern zu ärgern. Das ist seine Rache für frühere Prügel. Wenn er nun aber keine Prügel und

die Arbeitszeit um 1 bis 3 Stunden pro Tag, und die so verlängerte Arbeitsdauer hat sich bis jetzt erhalten. Alle Löhne sind jetzt ungefähr um 30 Proz. niedriger als sie vor dem Kriege waren, und die Vorschriften zum Schutze der Arbeiter, seinerzeit aufgehoben, sind noch nicht wieder in Wirksamkeit getreten. Die Sieger in den zahlreichen blutigen Schlachten sind in den Werkstätten und Fabriken schlimmer geknechtet als sie es jemals waren. Die befreienden Kriege hatten keine andere Wirkung, als die Lage der großen Masse des Proletariats und des Halbproletariats zu verschlechtern...

Es wird dann an Hand einer umfangreichen Liste gezeigt, wieviel die Arbeitszeit in den einzelnen Orten und Gewerben seit dem Kriege verlängert worden ist: eine bis vier Stunden pro Tag, ja in einzelnen Fällen bis zu sechs und sieben Stunden.

Fast alle Preise der notwendigen Lebensmittel sind gleichfalls erheblich gestiegen.

So haben wir denn als Ergebnis des Krieges für die Arbeiter die betrübende Tatsache zu verzeichnen, daß sie mehr und billiger arbeiten, vieles teurer bezahlen und schlechter leben müssen.

Unter der Herrschaft des Kapitalismus sind alle Kriege Eroberungs- und Raubzüge, unter denen selbst die Arbeiter des siegenden Landes leiden müssen.

Wie der Kapitalismus die Fabriken nicht geschaffen hat zum Wohle der Arbeiter, sondern lediglich um Mehrwert zu gewinnen, so denken seine Leiter auch im Fall eines Krieges nur an Plünderung, Bedrückung und Ausbeutung der von ihm eroberten Länder. Auch die den Staat sonst noch leitenden und beherrschenden Kreise wissen aus dem Kriege Nutzen zu ziehen und ihre Rassen zu füllen. Die Offiziere beziehen mehr Gehalt, und Avancements eröffnen ihnen alanzende Aussichten, die ganze Bürokratie bezieht höhere Gehälter, die kleinen Unternehmer und die neue Gruppe der Fabrikanten ziehen auch noch aus dem ausgehungerten, arbeitssuchenden Proletarier Vorteil, indem sie gefügigere und genügsamere Arbeitskräfte bekommen.

Das ist die „kulturelle“ Wirkung der modernen Kriege. Diese Wirkung einzudämmen und, wenn möglich, ganz aufzuheben und so wirklich kulturell zu wirken, das ist die Aufgabe der Arbeiterorganisationen gegenwärtig in Serbien; lediglich sie können die Arbeiter aus der schrecklichen Lage, in welche der Krieg sie gebracht hat, befreien, und deshalb geben sie sich jetzt alle Mühe, sich zur Wiederentsaltung zu bringen. Wozu wir ihnen Glück wünschen.

Von unten herauf.

Ein recht offenes und lehrreiches Selbstbekenntnis sandte uns ein alter Verbandskollege mit der Bitte um Veröffentlichung zu. Wir kommen dieser Bitte um so lieber nach, da die Zuschrift manches enthalten dürfte, das viele Leser für ihre eigenen Erlebnisse halten könnten und deshalb für sie um so interessanter sein mag. Wer aber ähnliches noch nicht durchgemacht hat, kann vielleicht aus der Zuschrift Kraft gewinnen, sich, wie ihr Verfasser, allmählich emporzuringen, um auf die Kollegenchaft mehr und mehr Einfluß zu gewinnen, was, wenn er gute Gedanken hat, für alle nur nützlich sein kann. Kollege Fr. M. in Köln a. Rh. schreibt uns nämlich, wie er stets bemüht war, in Versammlungen seine Ansicht zu äußern, daß es ihm aber zunächst nur in recht unvollkommener Weise gelang; doch langsam wurde es besser. Deshalb rät er allen, denen es heute noch ebenso ergehen mag, wie es ihm seinerzeit erging, jede falsche Scham zu überwinden zu suchen. Und er fährt wörtlich fort: Das Lampenfieber hört gewiß einmal auf. Und dann wird es gewiß nicht mehr so oft vorkommen, daß der Mund gedankenlos Zeug plappert. Also nur Mut. Die Hauptsache ist Ehrlichkeit und Ueberzeugung, dann geht die Sache schon. Kein Meister ist vom Himmel gefallen. Jedem passiert etwas Unangenehmes beim Reden. Fehlerlose nach dieser Richtung hin mag es wohl geben, aber selten. Ich selber habe im Reden, Schreiben und in taktischen Angelegenheiten auch manchen Voch geschossen. Ich habe aber mit manchem schon die Klinge gekreuzt, und wo kein Beamter war, hatte ich immer stürmischen Beifall. Ich spielte meistens die erste Geige. Wehe dem, der mir einen Strich durch die Rechnung machte. Ich habe immer den Standpunkt vertreten: „Na, Friße, was du machst, ist recht und gut“, denn ich dachte: „Du meinst es ja ehrlich“. Und ich hatte auch immer das Vertrauen der Kollegen. Ich nahm

überhaupt keine Strafe mehr zu fürchten, auch keine frühere Prügel mehr zu rächen hat, so fehlt ihm ja in vielen Fällen jeder Anlaß zum Lügen. Andere Leute, insbesondere die Lehrer, die er als seine geschworenen Feinde ansieht, wird er vermutlich weiter belügen. Aber die Eltern nicht, sobald er weiß, daß er von ihnen nichts Böses zu fürchten hat, sondern im Gegenteil bei ihnen Unterstützung findet in jeder schwierigen Lage. — Und sollte es kein anderes Mittel geben, ihm bemerklich zu machen, daß die Eltern mit seiner Lüge höchst unzufrieden sind? Man halte doch nur die Kinder nicht für dümmere als sie sind. Ein Junge, der das sieht, daß seine Eltern niemals lügen und vor jeder Lüge Abscheu empfinden, der sollte sich auf die Dauer einbilden, daß sie gerade mit seiner Lüge eine Ausnahme machen werden? Wer es einmal mit der hier vorgeschlagenen Methode versuchen wollte, dürfte zu überraschenden Ergebnissen gelangen. Aber freilich, das ist notwendig, daß man den Abscheu vor der Lüge nicht erkünstelt, sondern wirklich ehrlich empfindet. (Julian Borchardt, Wie sollen wir unsere Kinder ohne Prügel erziehen? Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin.)

Fachgewerbliche Rundschau.

Was geht in der Textilindustrie vor?

Der Streit in der Tuchindustrie ist ausgebrochen. Der „Confectionair“ berichtet:

Am 6. und 7. Mai tagten hier in Berlin die Delegierten der Interessengemeinschaft Deutscher Tuchgroßabnehmer, in der bekanntlich die fünf großen Abnehmerverbände der deutschen Tuchkonvention (Herrenkonfektionäre, Knabenkonfektionäre, Tuchgroßhändler, Tuchversender und Kleiderfabrikanten) zusammengeschlossen sind. Es handelte sich bei der Beratung um Spezialfragen, die nach der generellen Einigung der Abnehmer mit der Tuchkonvention noch zu regeln sind, so die Defaturfrage, die Kuponsfrage, die Devisenfrage, die Schiedsgerichtsfrage. Die Tuchkonvention hat hierüber den Abnehmerverbänden Vorschläge gemacht, die nunmehr disku-

tiert wurden. Die endgültige Regelung aller dieser Fragen wird, wie schon berichtet, in der gemeinsamen Beratung der Delegierten der Tuchkonvention und der Abnehmerverbände in Berlin, deren Beginn für den 18. Mai festgesetzt ist, erfolgen.

In den Konditionen der Tuchkonvention wird bei der Berechnung der Baluten zwischen Sommer- und Winterware ein erheblicher Unterschied gemacht. Wie wir nun hören, hat die Tuchkonvention bestimmte genaue und sehr strenge Vorschriften für eine ganze Reihe von Waren darüber gemacht, welche Waren als Sommer- und welche als Winterwaren zu verkaufen sind. Die Abnehmer sind mit dieser Regelung nicht einverstanden. Offenbar schlägt man nicht noch mehr in Scherben.

Zuteilung und Textilose-Erzeugung. Unter Teilnahme des österreichischen Zuteilungsausschusses wurde seinerzeit eine österreichische und eine ungarische Textilose-Industrie-Aktiengesellschaft zur Ausnützung der Patente für die Erzeugung von Textilosegarnen und -geweben gegründet. Die Patente sind im Besitz der Deutsch-österreichischen Textilosegesellschaft, die sich auch verpflichtete, dafür zu sorgen, daß die beiden erwähnten Gesellschaften das nötige Rohmaterial, das ist Papier, erhalten. (Textilose) besteht aus mit Baumwollabfällen belegtem Papiergarn.) Es wurden danach Papierlieferungsverträge mit der Henschel-Dommersmarch'schen Papierfabrik in Frantschach und mit der „Elbemühl“ geschlossen. Nun hat sich aber herausgestellt, daß das Papier in der erforderlichen Qualität nicht geliefert werden konnte und daß vielleicht infolge dieses Umstandes, vielleicht infolge von zu spät erkannten Mängeln des Verfahrens brauchbare Textilosefäden zum Erfaß der Zuteilung bisher nicht hergestellt werden konnten. Infolgedessen weigert sich das Zuteilungsausschüsse, den Lieferungsvertrag einzuhalten und die Patententlohnungsummen zu zahlen, und es drohte ein Rechtsstreit zwischen dem Kartell und den Patentinhabern. Diese Wendung in der Textilosefrage ist von nicht geringer Bedeutung für die weitere Entwicklung der Zuteilung, weil die Hoffnung, die Industrie von der indischen Rohjute unabhängig zu

Allgemeine Wochenschau.

Ämtliche Verfehlung des Koalitionsrechts.

Der bekannte günstige Wind hat uns wieder einmal ein amtliches Dokument auf den Redaktionstisch geweht, in dem offen zur Brotlosmachung gewerkschaftlich organisierter Arbeiter aufgefodert wird. Es ist ein Rundschreiben der Handelskammer der östlichen Niederlausitz in Sorau, gerichtet an die Ortsgruppe des Arbeitgeberverbandes der Textilindustrie, welches als wichtiges Dokument dafür gelten darf, daß dringend ein gesetzlicher Schutz des Koalitionsrechtes geboten ist. Das Rundschreiben hat folgenden Wortlaut:

Handelskammer für die östliche Niederlausitz in Sorau.

S.-Nr. 2228.

Sorau (Lausitz), den 8. Mai 1914.

Ein Mittel zur Bekämpfung der sozialdemokratischen Gewerkschaften im Fabrikbetriebe.

In der Zeitschrift des Bundes der Industriellen „Deutsche Industrie“ beschreibt der als praktischer Sozialpolitiker wohlbekannte Fabrikbesitzer Heinrich Freese, Berlin, auf Grund seiner großen Erfahrung, in welcher Weise er nach dem letzten Streik gegen die sozialdemokratischen Gewerkschaftler in seinem Betriebe erfolgreich vorgeht. Seine Ausführungen sind für jeden Arbeitgeber beherzigenswert und verdienen weite Verbreitung.

Freese ist bekanntlich der praktische Vorkämpfer für die sogenannte konstitutionelle Fabrik. Er hat den Arbeiterausschüssen seiner drei Fabriken sehr weitgehende Rechte verliehen und auch sonst in musterbildender Weise für das Wohl der Arbeiter in seinem Betriebe gesorgt. Um so mehr Aufsehen mußte der trotz alledem kürzlich bei ihm von sozialdemokratischer Seite veranlaßte frivole Streik überall erregen. Der Ausstand endete mit dem Siege des Arbeitgebers, und Freese hat nicht gezögert, aus diesem Ereignis die erforderlichen praktischen Folgerungen zu ziehen. Er hat, wie er behauptet, den Rat benutzt, welchen Fürst Bismarck im Jahre 1896 dem Staat

gegeben hat, nämlich nach der politischen Ueberzeugung zu fragen und danach zu handeln. Freese hat demgegenüber in seiner Werkverfassung (mit dem Einverständnis der Arbeiterausschüsse!) die Vorschrift aufgenommen, daß jeder Arbeiter anzugeben hat, ob und welchem Verbands er angehört. Spätere Minderungen in der Verbandsangehörigkeit sind binnen einer Woche anzuzeigen. Die Arbeiter sind weiterhin verpflichtet, mit den Mitgliedern anderer Verbände friedlich zu verkehren und die Meinung anderer zu achten. Wer die ersten oder die letzten Pflicht verlegt, wird entlassen. Durch diese Vorschriften ist es Freese gelungen, wirtschaftsfeindliche Organisationen fernzuhalten. Nicht nur diejenigen Leute, welche einer sozialdemokratischen Gewerkschaft angehören, sondern auch diejenigen, welche am 1. Mai von der Arbeit fortbleiben, werden gekündigt. Freese schreibt sehr richtig: „Es geschieht den Sozialdemokraten damit kein Unrecht, sie halten den Stand der Arbeitgeber, dem auch ich angehöre, für überflüssig. Sie behaupten, daß wir unter Benachteiligung der Arbeiter den Löwenanteil des Gewinnes wegessen. Ihnen hat das weitgehende Entgegenkommen, das ich ihnen gezeigt habe, nicht genügt; mögen sie selbst Fabriken errichten und nach ihren Rezepten betreiben. Die von den Gewerkschaften für Kampfszwecke aufgeschickten Millionen bieten ihnen reiche Mittel dazu. Ich fühle mich als Arbeitgeber nicht verpflichtet, habereifüllte Feinde meines Standes in meinem Betriebe zu beschäftigen.“ Freese weist alsdann daraufhin, wie die „freien“ Gewerkschaftler die ihrer Organisation nicht angehörenden Arbeiter drangalieren. Demgegenüber hält er es für eine unerläßliche Pflicht des Arbeitgebers, den von den Sozialdemokraten bedrängten Arbeitern einen Rückhalt zu bieten und andererseits gegen die freien Gewerkschaftler mit aller Rücksichtslosigkeit vorzugehen.

(Stempel der Handelskammer der östlichen Niederlausitz in Sorau.)

In dem Artikel des Herrn Freese, auf den das Rundschreiben Bezug nimmt, wird viel sittliche Entrüstung verzapft, darüber, daß angeblich Gewerkschaftler mit Unorganisierten nicht zusammenarbeiten wollen, und es wird als eine Ehrensache bezeichnet, solchen „Verfolgten“ ein Asyl zu bieten. Es bedarf keiner weiteren Worte, daß die Behauptungen des Herrn Freese im allgemeinen stark übertrieben und für die Textilindustrie vollständig unwarhaft sind. Um so empörender aber ist es, wenn dieselben Kreise das in umfangreichster Weise selber tun, was sie anderen Kreisen unterstellen und worüber sie vor Entrüstung nahezu bersten. Unsere Unternehmer brauchen sich wirklich nicht zu wundern, wenn sich die Kluft zwischen ihnen und den Arbeitern immer mehr erweitert.

Wie der fromme Adel katholische Arbeiter behandelt.

Das Paderborner „Westfälische Volksblatt“ vom 3. Mai enthält folgende Zuschrift:

„Die in der christlichen Gewerkschaft organisierten Arbeiter der Papier-, Holzstoff- und Zellulosefabriken des Herrn Reichsgrafen von Spee-Seltorf zu Alme traten mit dem heutigen Tage in den Ausstand.“

Schon seit Jahren haben sich die Arbeiter bemüht, einen den heutigen Verhältnissen entsprechenden Lohn für alle zu erlangen. Aber ihre Bemühungen hatten bei der Verwaltung nicht den erwarteten Erfolg. Der Lohn für erwachsene Arbeiter steht zum Teil (mit 2,60 Mk.) noch unter dem von der Behörde festgesetzten ortsüblichen Tagelohn von 3,20 Mk. Nur diese Gruppe der Arbeiter fordert eine Lohnerhöhung, und um der Forderung mehr Nachdruck zu verleihen, haben sich auch die übrigen Arbeiter solidarisch erklärt und sind in den Streik eingetreten. Von den etwa 90 Arbeitern sind nur etwa 10 nicht organisiert, welche denn auch zum Teil weiterarbeiten. Die Papierfortierinnen haben schon vor 14 Tagen die Arbeit niedergelegt, weil sie zum Teil nur 1,10 Mk. Tagelohn erhielten.“

Die Reichsgrafen von Spee sind ein altes katholisches Adelsgeschlecht, aus ihren Reihen ist mancher bekannte Priester hervorgegangen. Dennoch bringen sie es fertig, erwachsene Arbeiter mit 2,60 Mk. Lohn abzufinden.

machen, sich nicht erfüllt hat, es sei denn, daß die Mängel des Verfahrens, und zwar des Papiermaterials, doch noch behoben werden können.

Schätzung der ostindischen Ernte. Die Regierung veröffentlicht eine Schätzung der Baumwollernte 1913/14 auf Grund der bis Ende Februar eingelaufenen Berichte aus den verschiedenen Provinzen. Die Anbaufläche beträgt 24 495 000 Acres gegen 22 028 000 Acres in der vorigen Saison (Zunahme 11,7 Proz.). Der Ertrag beläuft sich auf 5 201 000 Ballen zu 400 engl. lbs. gegen 4 610 000 Ballen im Vorjahr. Der Mehrertrag ist sonach 13 Proz. und die Ernte die größte, die Indien hervorgebracht hat.

Bestand an Schafen und Ziegen in der südafrikanischen Union und in Natal. Der Bestand der südafrikanischen Union an Schafen und Ziegen betrug am 31. Dezember 1912 (7. Mai 1911): 27 331 167 (21 842 215) Wollschafe, 8 557 754 (8 814 444) andere Schafe, zusammen 35 888 921 (30 656 659) Schafe; 4 395 101 (4 275 335) Angoraziegen, 7 296 061 (7 487 644) andere Ziegen, zusammen 11 691 162 (11 762 979) Ziegen. In Natal allein gab es am 31. Dezember 1912 (7. Mai 1911): 1 583 659 (1 105 023) Wollschafe, 295 090 (414 235) andere Schafe, zusammen 1 878 749 (1 519 258) Schafe; 77 673 (127 452) Angoraziegen, 812 079 (861 822) andere Ziegen, zusammen 889 752 (989 274) Ziegen. Die Zahl der Wollschafe hat daher in der Zeit vom 7. Mai 1911 bis zum 31. Dezember 1912 im ganzen Unionsgebiet um 5 488 952 Stück und in Natal allein um 478 636 Stück zugenommen. Die Zahl der Angoraziegen weist in der genannten Zeit für das ganze Unionsgebiet eine Zunahme von 119 766 Stück auf, während sie für Natal allein eine Abnahme von 49 779 Stück zeigt. Die Zahl der Schafe und Ziegen sonstiger Art hat sowohl für das ganze Unionsgebiet wie für Natal allein abgenommen.

In der Zeit vom 7. Mai 1911 bis zum 31. Dezember 1914 sind infolge von Dürre zugrunde gegangen im ganzen Unionsgebiet: 1 499 466 Schafe, 501 121 Ziegen, zusammen 2 000 587 Stück; in Natal allein: 16 887 Schafe, 880 Ziegen, zusammen 17 767 Stück. Die Ergebnisse der Zählung vom

Zentrum und Arbeitslosenversicherung.

Die bayerischen Reichsräte haben dem „aufs äußerste verdünnten Aufgab einer staatlichen Förderung einer auf die Freiwilligkeit gegründeten gemeindlichen Arbeitslosenversicherung“ die Zustimmung verweigert...

„Die Erste Kammer ist der berufene Vorsichtskommissarius; sie soll die Bremse am Staatswagen bilden, wenn nach Ansicht der Mitglieder eine abschüssige Stelle kommt.“

So etwas wagt ein Blatt, das sich das Ansehen der Arbeiter- und Volksfreundlichkeit gibt und das mitten im rheinisch-westfälischen Industriegebiet erscheint, zu schreiben.

„Die Arbeitslosenversicherung wird genau so eine Brutankast für arbeitsfähiges Gesindel... wie die Krankenversicherung ein Institut für Simulanten werden wird.“

Der im bayerischen Landtag sitzende christliche Gewerkschaftsführer Oswald hörte diese Beschimpfung der Arbeitslosen, ohne irgendwie dagegen zu remonstrieren.

Die berühmteste scharfmacherische „Post“ spendet den Reichsräten jubelnde Beifall; sie schreibt unter anderem:

„Interessant war an der Abstimmung vor allem, daß es Zentrumskreise sind, die hier in so demonstrativer Weise von dem Grafen Hertling, dem Liebling ihrer Partei, abruhen.“

Uebrigens möchten wir in diesem Zusammenhange noch einige Sätze auf der jüngsten Nummer der katholisch-sozialen „Ständeordnung“ (Nr. 9, Seite 342) zitieren:

„Und doch geht auch bei den Katholiken der Egoismus seine Wege — und doch kennen auch die Katholiken bei Geldsachen und im Geschäft keine Freundschaft — und doch, so sei es gesagt, lächeln selbst Geistliche über uns, wenn wir Brüderlichkeit und Liebe verlangen im Erwerbsleben, ja sie verhöhn uns, wenn wir dieses christliche Mittel dem armen, geknechteten Volke empfehlen! Sogar das Wort „christliche Nächstenliebe“ wird von den modernen Volksführern auch im katholischen Lager als unzeitgemäß abgelehnt, so daß unser jetziger Papst Pius X. darüber verächtlich Klage führen mußte.“

Diese Brandmarkung des Zentrums ist um so wirkungsvoller, als sie aus den eigenen Reihen kommt. Die Christenliebe erscheint hier wieder einmal im abstoßendsten Lichte.

Scharfmacher und Kirchenbauer.

Der fromme Kirchenbauer, Oberhofmeister der Kaiserin und Herrenhäusler Graf Mirbach, hat sich von neuem in geistige Aufkosten gestürzt, um der organisierten Arbeiterschaft seine Antipathie zum Ausdruck zu bringen.

Nest hat das Häuflein Erzkonservativen, das sich unter der Firma „Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer“ zusammengetan hat, an den Reichstag eine Petition gerichtet, in der eine Resolution enthalten ist, die von der genannten Vereinigung über die Notwendigkeit eines wirksamen „Schutzes der Arbeitswilligen“ gefaßt wurde.

Dieser Schutz ist zu erreichen auf dem Wege einer besseren Instruktion der Behörden über die schon nach heutigem Recht erlaubten Maßnahmen zum Schutze der Arbeitswilligen sowie einer besseren Ausbildung der mit der Abwehr von Streikausbreitungen betrauten Polizeimannschaften, vor allem aber auch auf dem Wege einer Milderung der Gesetzgebung.

Gleichzeitig wird die Regierung dringend gebeten, sich unter keinen Umständen auf die Einführung einer staatlichen Arbeitslosenversicherung einzulassen.

Unterzeichner dieses Schreibens ist, wie oben schon erwähnt, der Graf Mirbach. Wir glauben nicht, daß sein heißes Bemühen, Arbeiter, die für die Hebung ihrer wirtschaftlichen Lage kämpfen, geistlich geradezu vogelfrei zu machen, dazu beitragen wird, die Kirchen zu füllen, für deren Bau sich der Graf so sehr ins Zeug gelegt hat.

Eine Stäupung schwarzer Verleumder.

Der bekannte Herausgeber der Wochenschrift „Das katholische Deutschland“, Stadtpfarrer Nieborowski, veröffentlicht einen von ihm selbst gezeichneten Artikel über den Kampf des Zentrums gegen die Sozialdemokratie.

Bündnisse mit den Sozialisten zu schließen, wie die „Christlichen“ und die „Königlichen“ Bayern es getan, wird uns nie und nimmer einfallen. Aber dennoch müssen wir nach der Lektüre der maßgebenden sozialistischen Blätter sagen, daß die konservativen Blätter und vor allem die Zentrumspresse, die „Köln“ anhängt, die Sozialisten in einer Weise behandelt, die sie nicht verdienen, und die sie für immer mit Abscheu vor der monarchistischen Gesellschaftsordnung erfüllen muß.

Das machen wir in dieser Weise nicht mit. — Es steht für uns fest, daß Hunderttausende ernster und ernst zu nehmender sozialistischer Männer und Frauen aus reinem Idealismus dieser Idee anhängen, für sie schwere Opfer bringen, für sie leiden, weil sie glauben, dadurch wirklich der Menschheit zu nützen.

31. Dezember 1912 müssen als sehr befriedigend bezeichnet werden. Die Zahl der Wollschafe hat im Unionsgebiet in etwa mehr als 1 1/2 Jahren um 25 Proz. zugenommen.

Die Seidenbandindustrie in Russisch-Polen hat sich seit vielen Jahren vollständig von ausländischen Einflüssen befreit und selbständig entwickelt.

Table with 2 columns: Location and Seidenbandstühle. Rows include Warschau, Lodz, and Moskau.

gezählt werden und man in der Lage ist, mit größtem Vertrauen in die Zukunft zu blicken. Diese Anschauung wird scheinbar durch die Auflösung der Lodzer Firmen: Akt.-Ges. S. Gamsanski, Schumpich u. Richter und noch zweier anderer kleiner Fabriken und die Zahlungseinstellung der Firma Ferdinand Schmidt u. Sohn (Lodz) verneint.

schlechte Maschinen, zu wenig Geschwindigkeit in der Herstellung und Mangel an Betriebskapital. Der Erfolg eines Unternehmens beruht in hohem Maße auf der richtigen Anwendung industriewirtschaftlicher Grundsätze.

Die Kokonernte in Italien im Jahre 1913. Die Matländer Seidengenossenschaft veröffentlicht die Zusammenstellung über die italienische Kokonernte von 1913.

Table with 4 columns: Landesteile, 1913, 1922, Mittel 1908-1912. Rows include Piemont, Lombardien, Venetien, Emilia, Marken, Toskana, and Südl. Landesteile u. Sizilien.

stinezsbewegung. Auch der Umstand, daß fittlich zweifelhafte Anzeigen in ihren maßgebenden Blättern kaum zu finden sind, dürfte zu beachten sein.

Der Sozialismus ist nun einmal eine Seitensrichtung, eine Ueberzeugung Hunderttausender verständiger und ernst zu nehmender Menschen — und mit hämlichem Hohn und Spott, wie es viele Zentrumsblätter ständig tun, wird man ihm kaum beikommen.

Die schwarze Textilarbeiterzeitung, die ihre Schmutzkübel aus derselben Flut füllt, aus der sie die Zentrumspresse füllt, die „Köln“ anhängt, wird über diese pfarrherrliche Bückigung wieder Beter und Mordio schreien. Denn Sie be schmerzen.

Der bayerische Adel und die Arbeitslosen.

Gegen den Beschluß des bayerischen Herrenhauses, der sogenannten „Kammer der Reichsräte“, haben die organisierten Arbeiter eine umfassende Protestaktion ins Werk gesetzt.

Neben den Ministern v. Soden und v. Hertling waren für die Vorlage eingetreten der Würzburger Nationalökonom Professor v. Schanz, der Erzbischof von Bamberg und der Oberkonsistorialpräsident Bezzel.

Auch Fürst Moys zu Löwenstein-Wertheim-Rosenberg, Mitglied der Zentrumsfraktion des Deutschen Reichstages und

Präsident des Deutschen Katholikentages, nahm zu der Angelegenheit das Wort. Zwar erklärte er sich schließlich bereit, für die Regierungsvorlage zu stimmen, indes begann er seine Rede mit der Versicherung, er habe „volles Verständnis für die großen Bedenken, die gegen die Regierungsvorlage geltend gemacht wurden“.

Die Verminderung der 1913er Ernte ist, wie hieraus hervorgeht, allgemein gewesen, aber doch recht ungleich in den einzelnen Landesteilen.

Die Produktion der Tuchindustrie in der Niederlausitz nach den Feststellungen der beiden in Betracht kommenden Handelskammern Kottbus und Sorau war im Jahre 1912 folgende:

Internationale Preisvereinbarungen in der Herstellung von Kunstseide. Die Tatsache, daß die russischen Hersteller von Kunstseide ein Uebereinkommen bezüglich der Preise planten, und auch in Frankreich und Belgien in bedingter Weise ähnliche Abmachungen schon bestehen, hat zu dem Gerücht Veranlassung gegeben, wonach die Kunstseidefabriken internationale Preisvereinbarungen getroffen hätten.

Arbeitseinschränkung in der Textilindustrie. Aus Hamburg wird gemeldet, daß die Norddeutsche Fatzspinnerei- und Webereifaktionsgesellschaft bei ihrer Hauptfabrik in Schiffbek bei Hamburg eine Einschränkung von 56 1/2 Arbeitsstunden auf 47 1/2 Arbeitsstunden vorgenommen hat.

Unfälle. Am 12. Mai, vormittags 11 Uhr, verunglückte der Färbearbeiter W. aus Wittgendorf im Betriebe der Firma F. A. Bernhardt in Pitzkau dadurch, daß er in das Getriebe einer Faddingmaschine geriet.

Schlamm ist, da ja die Ablehnung nach der Stellungnahme des Ausschusses der Reichsratskammer sicher ist.

Auf den „Eindruck in der Öffentlichkeit“ hatte schon Graf Törring die Herren aufmerksam gemacht; aber Graf Freyding und

Freiherr v. Cramer-Klett traten ihm entgegen, wobei der letztere sagte:

„Ich begreife nicht, warum Graf Törring mit dem Einwurf des Eindrucks nach außen gekommen ist. Er darf überzeugt sein, daß er mit einem derartigen Einwurf in diesem Hause nicht kommen darf. Dieses Haus hat vielleicht nicht viel Sympathie, aber soviel können wir sicher sein, daß wir, wenn wir auch viele Gegner haben, doch auch eine gewisse (!) Achtung haben, und die beruht darauf, daß man weiß, daß wir niemals auf den Eindruck achten, den unsere Abstimmungen außerhalb unseres Hauses machen.“ (Bayer. Staatsztg., Nr. 101.)

Dreißter hat wohl selten jemand von der Tribüne eines Parlaments hinunter dem Volke ins Gesicht hinein gesagt, daß er auf sein Empfinden pfeift. Dieser Freiherr von Cramer-Klett kann sich das aber leisten, denn er verfügt über einen märchenhaften Reichtum; er ist einer der größten Grundbesitzer Bayerns und zieht außerdem riesige Gewinne aus der Großindustrie, die sein Vater in Bayern eingeführt hat. Der Krönung ist nämlich noch keine vierzig Jahre alt. Der erwähnte Freiherr v. Würzburg ist übrigens sein Schwiegervater.

Außerordentlich interessant aber ist noch, was das Degenerische Biographische Lexikon, dem wir diese Angaben entnehmen, über

die Frömmigkeit des Volksverächters Freiherr v. Cramer-Klett mitteilt. Wir lesen da (Ausgabe 1914, S. 275):

... beschäftigt sich mit kirchlichen Angelegenheiten, besonders Verehrer der Benediktiner: Gründung der Abtei Ettal, Oberbayern, und Blankstetten, Oberpfalz, und eines Studienkollegs in München, sowie eines Benediktinerinnenklosters für Mission in Wesselsbrunn; Gründung eines Gymnasiums in Ettal. Vertrat auch in der Reichsratskammer die Interessen des Ordens in einer viel angegriffenen Rede 1906. ...

Dieser Freiherr und Großagrariar, der dem armen Volke die Arbeitslosenversicherung nicht gönnt, hat mit seinem riesigen Grundbesitz nicht genug; er ist, wie wir dem „Adressbuch der Direktoren und Aufsichtsräte“ (1914) entnehmen,

Mitglied des Aufsichtsrats bei:

- Eisenwerk Nürnberg, vorm. J. Tafel u. Co., Nürnberg; Münchener Rückversicherungsgesellschaft in München; Süddeutsche Bodenkreditbank in München; Vereinigte Maschinenfabrik Augsburg und Maschinenbaugesellschaft Nürnberg A.-G.

Wie wir einem Artikel der „Frankfurter Tagespost“ (Nr. 107) entnehmen, ist der „Adel“ der Cramer-Klett noch sehr jung. Der Vater des Reichsrats hieß Theodor Cramer. Er wirkte als einfacher Beamter in der Fabrik von Klett u. Co. in Nürnberg, die eine der größten Maschinen- und Brückenbauanstalten geworden ist, sich nachmalig mit der Fabrik Augsburg verschmolzen hat und aus der die bekannte Brückenbauabteilung Gustavsburg entstand. Cramer heiratete 1847 die 33jährige Tochter Kletts und nannte sich Cramer-Klett. Als seine Frau 1866 kinderlos starb, heiratete er kaum sechs Monate später eine 22jährige Wirtin, die ihm als hohem Fünfsziger 1874 als einzigen Sprößling den jetzigen Reichsrat gebar. 1876 erhielt Cramer den erblichen Adel; er wurde „Freiherr“ von Cramer-Klett. Sein Sohn verließ schon in jungen Jahren den Glauben der protestantischen Eltern und wurde katholisch — in welchem Maße, haben wir oben gesehen. Jedenfalls aber ist der Sohn Theodor Cramers das beredteste Beispiel dafür, daß man sich katholisch nennen und sehr fromm und kirchlich gebärden, dabei aber von den Lehren des Christentums und den Geboten der Humanität sich himmelweit entfernen kann.

Aus der Bewegung in der Textilindustrie.

Deutsches Reich.

(Wochenbericht.)

In Cronau ist für die Zwirner des Betriebes von van Delden insofern eine Verbesserung erzielt worden, daß sie nun für Ueberstunden gewisse Aufschläge bekommen. (Wir werden darüber ausführlicher in nächster Nummer unter Berichten aus Sachreisen berichten.)

Ausland.

Oesterreich. Die Arbeiter der Stoffhandschuhfabriken, der Firmen Gasa und Welker in Asch in Böhmen, haben Forderungen an die Unternehmer auf Verkürzung der Arbeitszeit und sonstige Regelungen im Betriebe gestellt. Da es nicht ausglichelassen ist, daß es zu ernstlichen Konflikten kommen kann, ist Bezug streng zu unterlassen.

Serbien. Warnung für Textilarbeiter. Der serbische Gewerkschaftsverband teilt mit, daß in einer der südöstlichen Städte Serbiens, in Reskobag, 700 Textilarbeiter in 5 Fabriken ausgeperrt wurden, weil ein Teil von ihnen sich an der Maifeier beteiligte. Diese Arbeiter hatten in letzter Zeit begonnen, sich zu organisieren und das will die Belgrader Industriekammer, die hinter der ganzen Bewegung steht, verhindern. Diese Industriekammer gilt als offizielles Organ des Volkswirtschaftlichen Ministeriums. Sie versucht, aus dem Auslande qualifizierte Textilarbeiter als Streikbrecher anzukommen, und daher ist eine dringende Warnung von Angebotenen aus Serbien am Platze.

Aus den Gewerkschaften.

Albert Gebel, der Redakteur der „Zachzeitung“ des Glasarbeiterverbandes, ist, 51 Jahre alt, nach langer und schwerer Krankheit in Berlin gestorben. Von dem Verbandsvorstande wird ihm große Pflichttreue nachgerühmt.

Der französische Textilarbeiterverband hält seinen diesjährigen Verbandstag vom 15. bis 17. August in Caudry ab.

Die hauptsächlichsten Verhandlungsgegenstände bilden die Frage der Nachtarbeit sowie die Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Von neuem soll auch wieder erwohnen werden, ob die Verbandstage nicht wieder, wie es schon einmal war, statt alljährlich nur alle zwei Jahre abzuhalten sein werden.

Soziales.

Monatliche Arbeitslosenzählung im Deutschen Textilarbeiterverband.

Die Aprilzählung ergab 1384 Arbeitslose, davon 514 weibliche; im Vormonat waren 1884, im April des Vorjahres 1159 Arbeitslose vorhanden. Am gleichen Tage meldeten sich Arbeitslose auf der Reise 133; im Vormonat war die Zahl 116 und im April des Vorjahres 150. Die Mitgliederziffer ist gegenwärtig 134 941, davon 53 006 weibliche. Die Zählung umfaßt 99,6 Proz. der Mitglieder. 13 Filialen mit 564 Mitgliedern haben nicht berichtet.

Gewerkschaften als Vollstrecker der deutschen Sozialreform. In Arbon (Schweiz) war ein arbeitslos und arbeitsunfähig gewordener 71 Jahre alter Arbeiter, der Sieber August Lüber, geboren in Obersäckingen (Baden). Am 5. August 1913 schrieb die Geschäftsleitung des Metallarbeiterverbandes in Arbon, an den er sich in seiner Not gewandt hatte, an das deutsche Generalkonsulat in Zürich, daß Lüber seit 6 Wochen arbeitslos sei; der Verband habe während dieser Zeit für den Mann gesorgt. Da er aber keine Arbeit mehr finden dürfte, so ersuche der Verband, Lüber, da er Deutscher sei, in einem Asyl oder einer Anstalt unterzubringen. L. sei zuletzt in Freiburg i. Br. gewesen, auf welchen Ort auch seine Papiere lauten. Es wurde in dem Schreiben noch angeführt, daß L. gerne arbeiten würde, wenn er Arbeit finden könnte; er richte aber in der Arbeit nicht mehr viel aus. Der Verband wolle noch eine oder zwei Wochen für L. sorgen. Das Generalkonsulat beförderte das Schreiben an den „Berein für ein deutsches Altersheim“ in der Schweiz. Dieses wies dann den Verband an, sich mit einem der deutschen Hilfsvereine in der Schweiz ins Benehmen zu setzen. Das geschah; man wandte sich an den Deutschen Hilfsverein in Rorschach. Dieser konnte in der Sache nicht gleich etwas tun, da sein Bureau zumeist im August Ferien mache und auch die Behörden über diese Zeit meist nicht zu haben seien, sandte aber einen Erkundigungsbogen zur Ausfüllung ein. Dieser wurde ausgefüllt zurückgeschickt. Der Verband ersuchte um baldige Rücküberlegung. Da bis zum 2. September eine solche noch nicht eingegangen war, wandte er sich erneut an den Deutschen Hilfsverein. L. war schon sieben Wochen lang über die statutenmäßige Zeit hinaus vom Verbandsverband unterstützt worden. Darauf teilte der Hilfsverein noch am gleichen Tage mit, daß die Ermittlung des unterstützungspflichtigen Armenverbandes schwierig sei; der Ermittlungsbogen sei dem Bezirksamt Säckingen zugegangen, und der Hilfsverein habe bei diesem den Antrag gestellt, L. in ein dortiges Altersheim aufzunehmen oder ihm eine regelmäßige Unterstützung zu bewilligen, damit seine Tochter in Steinach ihn eventuell zu sich nehmen könne. Inzwischen war der November herangekommen und gerade zwei Monate seit den ersten Bemühungen des Verbandes um den Mann verstrichen, drei Monate, seit L. selber sich bemühte, in seinen alten Tagen Unterkommen zu finden. Der Verband hatte ihn bereits 40 Tage lang unterstützt. Das alles wurde dem Deutschen Hilfsverein mitgeteilt. Nun kam die Angelegenheit aber ins Rollen, denn am 7. November konnte der Hilfsverein mitteilen:

„Mit dem Fall Lüber befaßten sich gegenwärtig mehrere deutsche Behörden. (Ausführung dieser.) Die letzten Angaben der Frau Hansmann (Tochter des Lüber) deuten mehr auf Jahr als Unterstützungswohnsitz. Unser Hilfsverein tut was er kann, aber er vermittelt zwischen Behörde und dem Unterstützungsuchenden; mehr können Sie vom Hilfsverein nicht verlangen. Ich werde heute noch beim Bezirksamt anfragen und ersuchen, die Angelegenheit zu beschleunigen.“

In einem Schreiben vom 20. November teilte dann der Hilfsverein dem Verband mit, daß das Großh. Bezirksamt Freiburg um ganz genaue Feststellung der Aufenthaltsverhältnisse Lübers seit 15. November 1905 ersuche; der Verband möge von den Kontrollbureaus in Rorschach und Arbon bestätigen lassen, was L. angegeben habe. — Das geschah, und der Verband erklärte sich auch zu ferneren Diensten gern bereit. Da endlich — man schrieb 31. Dezember 1913 — erhielt Lüber vom katholischen Pfarramt Arbon folgendes Schreiben:

„Gehörter Herr Lüber!

Endlich ist Bericht gekommen. Nächsten Samstag, 3. Januar 1914, müssen Sie zur Abreise bereit sein. Freiburg hat die Uebernahmepflicht anerkannt. Sie werden von einem Polizisten in Zivilkleidung begleitet und in Konstanz übergeben werden. Ueber die Abfahr wird Ihnen die Polizei Auskunft geben können.

Hochachtend und mit besten Grüßen fürs neue Jahr: sig. Wiprächtiger, Pfarrer.“

Vier Monate waren also seit Eintreten der Hilfsbedürftigkeit des Mannes verlossen, als er nun endlich erfuhr, was mit ihm werden sollte. L. hat während der Dauer des Streites um die Unterstützungspflicht vom Schweizer Metallarbeiterverband 249 Frank Unterstützung bezogen. Außerdem hat er von einem Mitglied des Verbandes 3 1/2 Monate lang das Mittagessen gratis erhalten. Seit 1858, also 55 Jahre hindurch, hat der Mann im Dienst des Kapitals geschuftet, jetzt ist aus seinen zermürbten Knochen kein Mehrwert mehr herauszupressen, und so stellte ihn das Kapital eben auf die Straße. Bis sich dann endlich die Behörden durch das Paragrafenlabyrinth hindurchgearbeitet hatten, um die unterstützungspflichtige Körperschaft festzustellen, hätte der Mann verhungern können, wenn nicht die viel verleumdete Arbeiterorganisation sich seiner angenommen hätte. Aber trotzdem: Für den deutschen Arbeiter ist gesorgt bis ins hohe Alter. Das soll doch heißen, daß von Staats wegen für ihn gesorgt werde. Bis das aber geschieht, kann man hinzufügen, muß seine Gewerkschaft für ihn sorgen, muß sie die soziale Fürsorge für ihn übernehmen. Uebrigens ein wertvoller Beweis für den sozialen Wert der Gewerkschaften und eine Mahnung an alle Arbeiter, in allen Wechselfällen des Lebens treu zur Gewerkschaft zu halten.

Vereinsgesetzliches.

Sind Versammlungsteilnehmer nach erfolgter polizeilicher Auflösung der Versammlung gesetzlich verpflichtet, das Lokal zu verlassen?

Diese Frage beschäftigte neulich das Schöffengericht Berlin-Wedding. Am 28. Februar 1913 fand in der Hochmeisterstraße eine Versammlung von Jugendlichen statt, die von annähernd 2000 Personen beiderlei Geschlechts besucht war. Der zur Ueberwachung entandte Polizeioffizier forderte den Veranstalter der Versammlung auf, die Leute unter 18 Jahren zu entfernen, widrigenfalls werde er die Versammlung auflösen. Der Veranstalter erwiderte, er sei dazu außerstande, fühle sich auch nicht verpflichtet hierzu, da politische Gegenstände nicht erörtert werden sollen. Nach einiger Zeit löste der Polizeioffizier die Versammlung, nicht auf Grund des Vereinsgesetzes, sondern auf Grund der §§ 10, 11, 17 des Allgemeinen Landrechts, auf. Nach diesen Paragraphen hat die Polizei die Verpflichtung, für Aufrechterhaltung der Sicherheit, Ruhe und Ordnung Sorge zu tragen. Ein junger Genosse leitete der Aufforderung des Polizeioffiziers, das Lokal zu verlassen, nicht sogleich Folge; er erhielt deshalb ein Strafmandat über 30 Mk. eventuell drei Tage Haft. Er beantragte richterliche Entscheidung. Da eine ganz ähnliche Angelegenheit vor dem Kammergericht schwebte, wurde die Verhandlung bis zum 6. Mai ausgesetzt. Auf Antrag des Verteidigers Dr. Kurt Rosenfeld, wurde das Erkenntnis des 2. Strafenats des Kammergerichts verlesen. Danach hat das Kammergericht entschieden, die Versammlungsteilnehmer sind zum Verlassen des Lokals nach geschener polizeilicher Auflösung verpflichtet, wenn die Auflösung auf Grund des Vereinsgesetzes, nicht aber, wenn sie auf Grund des Allgemeinen Landrechts erfolgt ist. Der Amtsanwalt beantragte selbst sofort die Freisprechung des Angeklagten, auf die der Gerichtshof auch erkannte.

Zur Politisch-Erklärung der Gewerkschaften nahm in Berlin eine massenhaft besuchte Versammlung der Berliner Gewerkschaftsfunktionäre Stellung.

Rechtsanwalt Heine hatte das Referat. Aus seinem „Archiv der Niedertracht“, welcher Titel seiner recht reichhaltigen Sammlung von gegen organisierte Arbeiter und ihre Gewerkschaften ergangenen Gerichtsurteilen in sarkastischer Weise verliehen wurde, holte er einige Fälle der ärgsten Schikanen und Drangsalierungen hervor: manches den in den Gewerkschaften Tätigen gewiß schon Bekanntes, manches Neue, recht Empörende. Zwiespältige Beurteilung des gleichen Vergehens, wenn Gewerkschafter, Sozialdemokrat, Unternehmer, Gelber oder Christlicher vor Gericht steht, wurde hier vom Juristen, der aus einer reichen Praxis spricht, trefflich beleuchtet. Der Fall des Obermeisters Schmidt von der Berliner Bäckereimung, die Erpressungsanfrage gegen Angestellte des Breslauer Metallarbeiterverbandes und die Ablehnung der Strafverfolgung der Breslauer Metallindustriellen, die Schmiergeldaffäre gegen Genossen Richard Fischer vom „Vorwärts“ ließen bei ihrer Erwähnung Betrachtungen über die Unparteilichkeit preussischer Justiz aufsteigen. Aber auch einige neuere juristische Deduktionen, namentlich auf dem Gebiete des Streikbrecherstrafes und des Streikpostenstrafes, regten dazu an.

Spontanen Beifall löste Heines Ausspruch aus, daß das selbe Gericht, von dem der Müller von Sausouci hoffte, daß es vor dem König nicht kapitulieren würde, heute vor seiner Majestät dem Schutzmann kapituliere.

Und die Allmacht des Schukmanns entscheide, ob der Streikposten in menschenleerer Straße ein Verkehrshindernis bilde, ohne daß das Gericht eine Lastenprüfung vornehme. In kurzem historischen Abriss über die Geschichte des Koalitionsrechts in Deutschland und die seit Anbeginn seines Bestehens geführten Kämpfe um seine Erhaltung und Verbesserung, aber auch um Verschlechterung kam so manche Episode kleinlicher Niedertracht und offener Rechtsverdrehungen unserer Gegner, aber auch solche energischen Widerstandes der Arbeiterorganisationen in Erinnerung. Ein Hohngelächter lösten daher die vom Referenten zitierten Worte des Staatssekretärs bei Beratung des Reichsvereinsgesetzes aus, der im Reichstage meinte: „Haben Sie doch Vertrauen zur Regierung, die Politik kleinlicher Nadelstiche liegt der Regierung fern.“ Heine meinte, er habe damals schon an eine liberale Anwendung des Gesetzes gegen die Arbeitervereine nicht geglaubt. Seine Voraussetzungen und Voraussetzungen aber seien bei weitem übertroffen worden, er müsse unseren Gegnern das Kompliment machen, daß sie sich im Mißbrauch des Gesetzes wohl erheblich geschickter gezeigt hätten, als er ihnen zugestanden habe.

Wenn Heine mit Bezug auf die Politisch-Erklärung sagte, daß sie juristisch falsch sei, daß die von den Behörden angeführten Gründe wohlfeil wie Brombeeren seien und die ganze Aktion gegen die Gewerkschaften vom Zaune gebrochen wurde, so sprach er damit das in jedem der Anwesenden gewiß Selbstempfundene aus. Heine wies an Beispielen nach, wie geradezu unmöglich es ist, auch in dem politisch neutralsten Verein sich ängstlich von jeder Erörterung politischer Fragen fernhalten zu können. Selbst der Vogelchukverein beschäftigte sich mit Politik, wenn er in Eingaben an den Reichstag die Abschließung von Paradiesbögeln verhindert wissen will. Die Gewerkschaften aber würden ihre Pflicht vernachlässigen, wenn sie achtlos an der Gesetzgebung vorbeigingen. Solche gelegentlichen, aus dem Zwange geborenen Beschäftigungen mit politischen Fragen machen aber — selbst nach früher gegebenem Ausspruch des Staatssekretärs — einen Verein noch nicht zu einem politischen. Doch diese ganzen Maßnahmen zielten in der Hauptsache auf die Entfernung der Jugendlichen aus den Gewerkschaften ab. Der Jungdeutscherbund treibe unter der Leitung von Beamten und Behörden offenbar Politik. Die Gewerkschaften aber wolle man verhindern, für einen technisch ausgebildeten gewerblichen Nachwuchs zu sorgen. Das sei Gesetzlichkeit in Deutschland! Der Paragraph über die Jugendlichen im Reichsvereinsgesetz, der durch ein Textelmechtel der Konservativen mit den Liberalen ins Gesetz hinein kam, war von allen politischen, gegen die Arbeiterklasse verübten Niedertrachten der letzten Jahrzehnte eine der größten.

Um diesen neuesten Schlag gegen unsere Gewerkschaften zu parieren, deutete Heine an, daß die Gewerkschaften ein planmäßiges Vorgehen gegen unsere Gegner vorbereiten müßten. Der Kleinkampf in umfassendster Weise müsse beginnen. Durch rücksichtslose Bloßstellung der täglich groben

Verstöße unserer Gegner gegen das Gesetz müßten die Befürworter dieser schändlichen Anwendung des Gesetzes gegen die Arbeiter sich schließlich in ihre eigene Schlinge fangen. Ein geschlossenes Vorgehen aller Gewerkschaftsmitglieder ohne Unterschied der Richtung habe frühere reaktionäre Maßnahmen schon mit Erfolg abgeschlagen. Daneben das feste Bestreben aller Gewerkschaftsmitglieder, die Zahl der organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen zu verdoppeln — das müsse das Gelohnis für die Zukunft sein.

Durch lebhaften Beifall bekundete die Versammlung, im Sinne des Referenten wirken zu wollen.

Vorbelegene Polizeiaktion. In Augsburg verankert am 16. Februar die Textilarbeiter im Anschluß an eine große Versammlung einen Demonstrationzug vor das Rathaus, um gegen den ihnen an Stelle des geforderten freien Sonnabendnachmittags aufgezwingenen Montag-Feiertag zu protestieren. Der Zug verlief ohne Zwischenfall, auch das Eingreifen der Polizei änderte daran nichts. Wegen Veranlassung eines polizeilich nicht angemeldeten Aufzuges wurden nur drei Teilnehmer mit Strafmandaten von je 50 Mk. bedacht. Neben dem Gauleiter unseres Verbandes hatte die Polizei ganz willkürlich zwei andere Teilnehmer herausgerissen, den Parteisekretär und einen Schuhmachermeister, die mit der Veranstaltung nicht das geringste zu tun hatten. Während der Gauleiter den Strafbefehl annahm, beantragten die beiden anderen richterliche Entscheidung. Das Schöffengericht Augsburg sprach dann auch beide unter Ueberbürdung der Kosten auf die Staatskasse frei, da das Vereinsgesetz nur die Veranstalter, nicht aber die Teilnehmer eines nicht genehmigten Umzugs mit Strafe bedroht.

Gerichtliches.

Den Spieß umzudrehen scheint man gegen einen Meister der Färberei Schetty in Basel, der den Einsender eines Berichtes an den „Textilarbeiter“ (Schweiz), worin dem Meister vorgeworfen wurde, er habe während des Färbereistreiks vor Gericht gegen einen Streikenden wissentlich falsches Zeugnis abgelegt, verklagte. Die Verhandlung ergab dagegen soviel Belastendes für den Kläger, daß ein Richter den Antrag stellte, die Verhandlung auszusetzen, die Akten dem Staatsanwalt zu übergeben mit dem Auftrag, gegen den Kläger, Färbermeister Schöch, eine Strafuntersuchung wegen Abgabe eines falschen Zeugnisses vor Gericht einzuleiten. Nach kurzer Beratung erkannte das Gericht in diesem Sinne und vertagte die weitere Verhandlung auf unbestimmte Zeit.

Bermischtes.

Was ist der Lohn? Ein amerikanisches Arbeiterblatt erläutert den Begriff Lohn durch folgende Geschichte: Ein Mann verirrt sich mit seinem Hunde in einer wüsten Gegend. Bald waren sie ohne jede Nahrung. Der Hund war für den Mann ein gutes und nützlich Tier, das ihm schon große Vorteile gebracht hatte. Und jetzt in der Wildnis war es ihm ein Schutz vor Gefahren. Aus allen diesen Gründen konnte sich der Mann nicht entschließen, den Hund zu töten, um sich von seinem Fleische zu ernähren. Endlich aber, als der Hunger immer stärker wurde, entschloß er sich, dem Hunde den Schwanz abzuhacken. Das Fleisch des Schwanzes rettete dem Manne das Leben. Die Knochen aber von dem Schwanz gab er dem Hunde, der dadurch ebenfalls vor dem Hungertode gerettet wurde.

Diese Knochen sind dem zu vergleichen, was der Unternehmer in der kapitalistischen Gesellschaft dem Arbeiter an Lohn gibt. Der Unternehmer würde verhungern ohne die Arbeit des Arbeiters. Der Arbeiter ist an den Unternehmer angeheftet, weil dieser im Besitze der Produktionsmittel ist. Er muß dem Kapitalisten also seine Arbeit lassen. Der frißt davon das Fett und das Fleisch, wirft die abgemagerten Knochen dem Arbeiter hin und nennt das den Lohn.

Berichte aus Fachreisen.

Barmen-Elberfeld. Drei gutbesuchte Färbererversammlungen fanden am Montag, den 11. Mai, statt, welche sich mit den Lohnforderungen der Färber und der Antwort der Färbereibesitzer beschäftigten. Aus den Darlegungen der Referenten O. Strub, H. Kollmann und W. Krohn ging hervor, daß der Deutsche Textilarbeiterverband in einer Eingabe an die Organisation der Baumwollfärberei- und Bleichereibesitzer beantragt hatte, den in den Baumwollfärbereien, Bleichereien usw. beschäftigten Arbeitern, gleich den Seidenfärbern, einen Wochenlohn von 26 Mk. zu gewähren. Das hätte eine Erhöhung des Mindestlohnes um 1 Mk. bedeutet. Die Unternehmer haben jedoch durch den Verein der Färberei- und Bleichereibesitzer erklären lassen, daß sie in diesen schlechten Zeiten nicht in der Lage seien, eine Lohnhöhung vorzunehmen. Es wird angegeben, daß durch den andauernd schlechten Geschäftsgang sämtliche Betriebe mit einer übergroßen Arbeiterzahl arbeiten und um Entlassungen zu vermeiden, würden schon Färbearbeiter mit Kostbararbeiten beschäftigt, eine Lohn-erhöhung müßte daher zur natürlichen Folge haben, daß alle entbehrlichen Kräfte entlassen würden! Sie — die Färbereibesitzer — seien jedoch bestrebt, die Arbeiter auch in den schlechten Zeiten durchzuhalten und so lange es nur eben angehe, würden sie von Entlassungen absehen. — Die Diskussionsredner fanden es unverständlich, daß eine so selbstverständliche Forderung, wie es die auf Gleichstellung in der Entlohnung sei, von den Färbereibesitzern abgelehnt wurde, da die Art der Tätigkeit dieselbe, aber in den Baumwollfärbereien weit anstrengender sei. Die Versammelten waren sich darin einig, daß, wie die Erfahrung gezeigt, ohne Kampf wohl kaum eine Besserstellung der Färber zu erreichen sei und daß man daher zu diesem unausweichlichen Kampfe rufen müsse. Nachfolgende Resolution wurde in den Versammlungen angenommen:

„Die am 11. Mai tagende öffentliche Färbererversammlung nimmt Kenntnis von dem Bericht des Referenten über die Eingabe an die Färbereibesitzer. Die Versammlung bedauert lebhaft die ablehnende Haltung der Färbereibesitzer; sie hält es für ganz selbstverständlich, daß eine Gleichstellung der Winderseil-Löhne für die Baumwoll- und Seidenfärber erfolgen muß und sieht den jetzigen Zustand der Winderentlohnung an die Baumwollfärber als unhaltbar, aber auch als nicht im Interesse der Färbereibesitzer liegend an. Die Versammelten versprechen, alles daran zu setzen, daß die Organisation in den Betrieben lückenlos ausgebaut wird, damit es in kurzer Zeit mit Hilfe des Deutschen Textilarbeiterverbandes möglich ist, bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Färbereien durchzusetzen.“

Barmen. Die Firma Emil Homberg, Färberei hier, hat sich auch einem gelben Werberein eingereicht, dem außer ganz vereinzelten Arbeitern bisher nur das Kontorpersonal und gezwungenerweise die Meister angehören. Kürzlich hatte nun der

„Verein verkaufter Seelen“ im Lokale Eichholz, Krautstraße, einen Unterhaltungsabend, an welchem der Firmeneinhaber nebst Gattin in höchst eigener Person teilnahmen. Solcher Harmonie zwischen Verein und Prinzipal konnte es nicht verfaßt bleiben, daß ein paar Arbeiter ihre Brust von Idealen schwellen fühlten und dem gelben Verein beitraten. Sie mögen damit auch ihre persönliche Interessen wahrgenommen zu haben glauben. Diejenigen, welche ihrem Beispiel nicht folgten, dürften aber wohl der Meinung gewesen und noch sein, daß es ihr Arbeiterinteresse gebiete, sich der Gewerkschaft anzuschließen, nicht aber einem Verein, der sich der Gunst derjenigen erfreut, deren Interessen denen des Arbeiters schnurstracks entgegenlaufen.

Berlin. Am 5. Mai fand für die Arbeiterschaft der Firma W. Spindler eine Versammlung in Scheers Wilhelmsgarten in Köpenick statt. Der Besuch hätte angelehnt der großen Zahl der Beschäftigten noch erheblich besser sein können. Kollege Kreuzer-Berlin sprach über das Thema: „Der Ruf der Weltfirma W. Spindler und die dort bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse“. Zunächst ließ er den wesentlichen Inhalt des Berichtes der Firma aus dem Kaiserjubiläumswert Revue passieren, der auf den in die richtigen Betriebszustände nicht eingeweihten Leser wohl einen guten Eindruck machen könne. Den Wert der dort geschilberten sogenannten Wohlfahrts-Einrichtungen erkennt man am besten an einem Vergleich mit den sonst in der Branche gezahlten Löhnen. Der Textilarbeiterverband hat sich mit 100 000 Fragebogen an die in Bleichereien, Wäschereien usw. Beschäftigten des ganzen Reiches zwecks Ermittlung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse gewandt. Aus dem Ergebnis dieser Umfrage ging auf das Ueberzeugendste hervor, daß der Spindlerische Betrieb hinsichtlich der Löhne zu den zurückgebliebensten zählt. Stundenlöhne von anfänglich 27 Pf. bis zu 39 Pf. nach mehr als zwanzigjähriger Betriebsstätigkeit sind geradezu blamabel für eine Weltfirma. Daß die Arbeiterschaft bei diesen teuren Zeiten hier von nicht leben kann, beweist die Tatsache, daß von der Gesamtzahl von 1966 Beschäftigten im Jahre 1913 allein 921 den Betrieb verlassen haben. 970 Krankheitsfälle im vergangenen Jahre lassen die Gefährlichkeit des Betriebes und die durch langjährige Unterernährung eingetretene geringe Widerstandskraft der Beschäftigten erkennen. Der Redner meinte, die Betriebsarbeiterschaft trüge einen Teil der Schuld an den ungunstigen Zuständen, weil sie ihre gewerkschaftliche Pflicht nicht so, wie andere Berufsstände, die sich bessere Verhältnisse erkämpft hätten, erfüllte. An der Hand der vom Deutschen Textilarbeiterverband während des jüngsten Jahres für gut organisierte Branchen und Betriebe erzielten Erfolge bezüglich Aufbesserung der Löhne usw. konnte dies den Versammelten recht anschaulich zum Bewußtsein gebracht werden. Regierungsrat a. D. Dr. Rudolf Martin gibt in seinem Jahrbuch der Millionäre 1912 das Vermögen der drei Gebr. Spindler auf mehr als 17 Millionen Mark und deren Jahreseinkommen auf 1110 000 Mk. an. Die Betriebsbedingungen scheinen demnach die Wohlfahrt der Unternehmer stark gefördert zu haben. Eine sich auf 34 Wochen erstreckende Statistik ergab für erwachsene Arbeiter einen Durchschnittslohn von 20,10 Mk., und dennoch eine solche Gleichgültigkeit zum Nachteil der eigenen Familien. — Kollege Lietzke ergänzte die Ausführungen des Referenten und kennzeichnete namentlich die sogenannten Wohlfahrts-Einrichtungen als Hauptstimmnis des Fortschritts und der Erkenntnis der wirklich traurigen Lage der Mehrheit der Arbeiterschaft. Einem seit 13 Jahren dort tätigen Arbeiter wurde seitens eines Angestellten eine geradezu unwürdige Behandlung zuteil. Der Unternehmer rekrutierte den schimpfenden Herrn nicht, weshalb der Arbeiter den Betrieb verließ.

Duisburg. In einer gutbesuchten Versammlung wurden die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den hiesigen Webereien einer Kritik unterzogen. Die von seiten der Kollegen vorgebrachten Beschwerden waren so schwerwiegender Natur, daß einmütig beschlossen wurde, über sämtliche Betriebe die Sperre zu verhängen. Neben geradezu ungeheuerlichen Strafen wegen angeblichen Kontraktbruchs, Weisefehlern, Zuspätkommens usw. besteht zwischen den einzelnen Unternehmern ein geheimes Abkommen, daß kein Weber, keine Weberin bei der Lösung des Arbeitsverhältnisses vor Ablauf von 6 Wochen in einem anderen Betrieb wieder angenommen wird. Wie Kontraktbruchstrafen, das heißt die Einbehaltung von 6 Schichten zustande kommen, mag kurz an folgendem Falle geschildert werden. Eine Weberin, eine arme Witwe, hat zu Hause ein schwerkrankes Kind. Durch aufregende Nachtwachen wird sie selbst krank, vergift aber die vorgegebene Entschuldigungsbeim Herrn Direktor und wird kurzerhand entlassen. Der Lohn von 6 Schichten in Höhe von 15 Mk. wird einbehalten. Die Frau klagt am Gewerbegericht und begründet ihren Anspruch damit, daß sie ja nicht deutsch lesen könne, weil sie fremdsprachige Deisterrecherin sei. Der Vorsitzende des Gewerbegerichts schlägt einen Vergleich vor und verweist auf das bevorstehende Weihnachtsfest. Doch der Vertreter der Firma bleibt stumm. Alles vergeblich. Die Arbeiterschaft des gesamten Industriegebietes, genannt die Kohlenliste, ist international zusammengesetzt. Von den insgesamt fünf- bis sechshundert beschäftigten Textilarbeitern sind über 100 Holländer. Die übrigen Arbeiter sind Deisterreicher, Russen, Franzosen und nur zum Teil Deutsche. Mit Vorliebe werden zugewanderte Ausländer beschäftigt. Die Agitation unter den fremdländischen Arbeitern ist sehr schwierig. Die aus dem übrigen Deutschland zugewanderten Textilarbeiter gehen meist in das Kohlenrevier. Nach Abhebung der Unterstützung kümmern sie sich kaum noch um die Organisation. Unter solchen Umständen haben denn auch die Unternehmer leichtes Spiel. Daß es so nicht weiter gehen kann, durch eine umfassende Hausagitation die Organisation zu stärken, um wenigstens die schlimmsten Mißstände beseitigen zu können. Daß die beschlossene Sperre über sämtliche Betriebe ihre Wirkung ausübt, läßt sich aus verschiedenen Anzeichen konstatieren. So ist die Behandlung jetzt viel humaner geworden. Für schlechtes Material wird Entschädigung gezahlt usw. Wir erwarten deshalb, daß uns die übrige Arbeiterschaft in unserem Kampfe beistehen und nach wie vor den Zug von Duisburg fernhalten wird.

Sohenstein-Ernstthal. Die am 2. Mai abgehaltene Mitgliederversammlung war nur schwach besucht. Ausführlich referierte Kollege Herr. Böttger über den ersten Quartalsabschluß 1914. Es war eine Einnahme von 3049,41 Mk., und eine Ausgabe von 2570,10 Mk. zu verzeichnen; bleibt ein Kassenbestand von 479,31 Mk. Der Mitgliederbestand beträgt 511 (gegen 504 im vorigen Quartal). Ueber die wichtigsten Punkte der in Mittweida abgehaltenen Gaukonferenz referierte der Vorsitzende. Man ist mit der Haltung der Delegierten einverstanden und wendet sich dem nächsten Punkt: Jubiläum, zu. Die Vorschläge des Vorstandes werden, von einer Ausnahme abgesehen, sämtlich gutgeheißen. Unter „Allgemeines“ diskutiert man die Fäden der allgemeinen Krankenversicherung für die in der Textilindustrie beschäftigten Heimarbeiter. — Die Sperre bei der Firma W. Ende bleibt bestehen.

Landeshut. Eine außerordentlich gut besuchte Betriebsversammlung der Seidenweberei konnte am 30. April abgehalten werden. In dem Betriebe ist wieder ein ziemlich schlechter Geschäftsgang eingetreten. Die Betriebsleitung zahlt aber nicht mehr den seit Januar 1912 durch einmütiges Zusammenhalten eroberten Wochenlohn — bei schlechtem Geschäftsgang — von 15 Mk. Ein im Kontor unternehmener Versuch, den alten Wochenlohn weiter zu erhalten, hatte für die Arbeiter keinen Erfolg; es wurde nur zugesagt, daß anstatt der gezahlten Entschädigung von 50 Pf. pro Tag 1 Mk. pro Tag, aber nicht an alle, treten solle. Auch selbst bei 1 Mk. kommen die besten Weber auf keine 15 Mk. die Woche. In der Betriebsversammlung wurde nach einer eingehenden Aussprache beschlossen, daß den Webern und Weberinnen bei dem Artikel Serge, wo höchstens wöchentlich nach dem Akkordlohn 7,50 Mk. verdient werden können, pro Tag 1,30 Mk. Entschädigung zu zahlen sei; bei dem Artikel, bei dem im Akkordlohn nur höchstens 5,50 Mk.

pro Woche verdient werden können, sei pro Tag 1,50 Mk. zu gewähren. Außerdem wurde noch beschlossen, daß Lohnbücher recht bald einzuführen seien. Zu einer heftigen Auseinandersetzung kam es wegen des Messens der Stücke. Der anwesende Direktor, der, wie er meinte, sich vorgekommen hatte, kein Wort zu sagen, ließ sich doch in sehr aufgeregter Weise dahin aus, daß hinsichtlich des Messens der Stücke in seinem Betriebe kein Weber behaupten könne, daß zu seinen Ungunsten gemessen würde. — Wären jetzt schon die Lohnbücher eingeführt, dann würde kaum etwas vom Messen der Stücke gesprochen worden sein. Weil die Weber vielfach jetzt nicht wußten, wenn sie des Sonnabends oder am Zahltag den Lohn erhielten, wieviel Meter sie bezahlte bekamen, so erklärte sich das Anschneiden der Frage. Wenn auch der Direktor in der Versammlung auf die Anfrage, wie er sich zu den einstimmig gefaßten Beschlüssen der Betriebsversammlung stelle, erklärte, die Beantwortung werde im Betriebskontor erfolgen, dürfte er wohl einsehen, daß die Bewilligung der gestellten Forderungen eine dringende Notwendigkeit ist.

Limbad i. Sa. Von Arbeitern der Tricotagenfabrik von Arthur Herzhich (in Firma Engelmann), Frohnauer Straße, wird geklagt, daß, wenn einmal einige Zeit Ruhe und Frieden im Betriebe war, dieser wieder gestört wurde durch das hochfahrende Benehmen des Herrn Herzhich und die nicht gerade schönen Redensarten, womit er seine Arbeiter bedenkelt. Noch hatten sich in einem Falle die Arbeiter aber nicht recht darüber beruhigt, so wurde ihnen auch schon angekündigt, daß Lohnabzüge für verbrauchte Nadeln gemacht werden sollten, was bisher in dem Betriebe nicht üblich war. Unter auffälligen Neben Umständen und ohne irgendwelchen sich haltigen Grund sind auch schon Arbeiterentlassungen vorgekommen. Solche Maßnahmen sind durch das einmütige Zusammenhalten der Arbeiter kaum erst abgewehrt worden, so werden schon wieder Klagen darüber laut, daß einige Arbeiter mit recht erheblichen und gänzlich ungerechtfertigten Lohnreduzierungen beglückt worden sind. Das empörendste dabei ist aber, daß die Lohnabzüge in ganz ungesetzlicher Weise, sofort, ohne jede vorherige Ankündigung, gemacht worden sind. Nach den Angaben der Arbeiter soll der dadurch entstehende Lohnausfall bis zu 4 Mk. pro Woche für den einzelnen davon Betroffenen ausmachen. Auf erfolgten Einspruch hin, wobei Herr Herzhich auf die Ungeklärtheit seines Gebarens aufmerksam gemacht wurde, erklärte dieser recht naiv: „Ja, wenn Sie das so genau nehmen wollen!“ — Ja, glaubt denn Herr Herzhich, daß die Bestimmungen der Gewerbeordnung für ihn keine Gültigkeit haben, oder daß sie nur dazu geschaffen worden sind, um von den Unternehmern übertreten zu werden? Oder verwechselt er vielleicht als ehemaliger Lehrer erwachsene Arbeiter mit Schulbuben?

Die Leitung des Textilarbeiterverbandes hat in letzter Zeit mehrfach versucht, vermittelnd einzugreifen, um eine Verständigung zwischen dem Unternehmer und seinen Arbeitern herbeizuführen. Herr Herzhich wollte davon jedoch nichts wissen. Mit den Verbandsvertretern will er beileibe nichts zu tun haben, diese haben ihm nach seiner Meinung nichts in seine Betriebsangelegenheiten hineinzureden. Nun, ganz wie Jönen beliebt, Herr Herzhich! Aber wir erinnern Sie an das Sprichwort: „Allzu scharf macht scharf!“ Wir raten Ihnen in Ihrem eigenen Interesse, Ihr Benehmen gegenüber der Arbeiterschaft etwas zu ändern, denn wenn der Bogen zu straff gespannt wird, springt er bekanntlich. Arbeitssuchende organisierte Arbeiter aber werden gut tun, die Firma nicht mit Arbeitsangeboten zu überlaufen. Auf die von uns an dieser Stelle wiederholt genannte Firma Ernst Winkler, Tricotagenfabrik in Limbad, Chemnitz Straße, muß abermals hingewiesen werden. Die Verhältnisse haben sich dort noch um nichts geändert. Die Behandlung der Arbeiter, besonders seitens des Herrn Körnig, läßt nach wie vor so viel wie alles zu wünschen übrig. Es wird weiter versucht, die Nachtarbeit in dem Betrieb zur ständigen Einrichtung zu machen. Zu diesem Zweck wird alles an Arbeitskräften angenommen, was gelassen kommt und einigermaßen etwas von der Wirkerei versteht. Wie verlaunt, soll bei der Firma die Absicht bestehen, mißliebige organisierte Arbeiter vor die Tür zu setzen, sobald genügend Ersatz herangebildet ist. — Alle organisierten Arbeiter wollen hier von Kenntnis nehmen und demgemäß handeln. Hoch die Solidarität!

Deutscher Textilarbeiterverband, Verwaltungsstelle Limbad i. S. Neugersdorf. Als im vergangenen Herbst die Krise immer weitere Kreise zog, als in allen Branchen Liquidationen und Konturufe an der Tagesordnung waren, da tauchte plötzlich, wie eine Däse in der wirtschaftlichen Wüste, in der Zwirneri der Firma August Hoffmann ein sehr guter Geschäftsgang auf. Neue Maschinen wurden aufgestellt, wo immer nur Platz dazu war. Arbeiter wurden angenommen, wo sie immer herkommen mochten. Viele Arbeiter glaubten schließlich, die Firma tue das aus lauter Menschenfreundlichkeit. Die Firma versuchte aber auch gleichzeitig, um ihre Riesenprofite zu erhöhen, die Löhne zu „regulieren“. Daß das nicht in der von der Arbeiterschaft gewünschten Weise geschah, läßt sich denken. Gegen diese Regulierung bäumte sich die Belegschaft der Zwirneri auf und drehte den Spieß um, um nun auch die Regelung der Löhne zu beantragen. Die Zwirner erreichten hierdurch auch eine ganz ansehnliche Lohnserhöhung. Die Firma konnte aber trotz größter Anstrengung die Bestellungen der Kunden nicht schnell genug befriedigen. Es liegt im Wesen des kapitalistischen Systems, den Weltmarkt so schnell wie möglich mit einem neuen Artikel zu übersättigen. Aus diesen Gründen forderte die Firma, die Zwirner sollten Nachschicht machen, wozu sie sich nach Zubilligung eines zehnprozentigen Lohnzuschlages bereit erklärten. Soweit wäre ja alles gut. Aber Mitte Januar machte die Firma in einem Anschlag bekannt, daß die Zwirner nur noch ein-tägige Kündigung haben sollten. Die Firma hatte ihren Goldregen in Sicherheit gebracht. Nun mußten die überschüssigen Kräfte so schnell wie möglich auf's Pflaster gebracht werden. Das, was die Organisationsleitung der Arbeiter im voraus gesagt hatte, geschah. In Scharen mußten jene Arbeitsbienen, die der Firma große Gewinne gebracht hatten, den Betrieb verlassen. Was kümmert es die kalten Unternehmer, wenn der Arbeitslose am Wege steht und von seinem (des Unternehmers) Nachtauto mit Schmutz bespritzt wird. Aber noch besser sollte sich hier die Praxis des Kapitalisten entbilden. Nachdem es gelungen war, vor allem die Verfechter der Lohnserhöhung aufs Pflaster zu setzen, kam man mit Lohnkürzungen. Wer sich nicht fügt, dem wird schnellstens gekündigt. So wurden letzters die Zwirner beim Kommerzienrat Oswald Hoffmann vorstellig, um eine Entschädigung bei der bevorstehenden Arbeit zu erwirken, da nach Ansicht der Zwirner der Lohnausfall 12 bis 14 Mk. in vierzehn Tagen betragen würde. Als sich auf die Aufforderung dieses jovialen Herrn keiner freiwillig fand, der für diesen Zimmerlohn arbeiten wollte, erklärte der Herr einfach, zwei Mann herausgreifen zu wollen, um sie auf das Pflaster zu setzen. Ein seit etwa 22 Jahren bei der Firma beschäftigter Arbeiter wurde hinausbugsiert. Damit sollten die übrigen eingeschüchtert werden. So wird's gemacht.

Nordhorn. (Vertauschte Mitgliebsbücher.) Vor kurzem reisten hier einige junge Mitglieder von uns zu. Sie suchten unseren Vertrauensmann und wurden infolge Namensverwechslung in das Vertreterslokal der Christlichen gewiesen, von wo man sie wieder an den christlichen Vertrauensmann verwies. Dieser nahm ihnen ihre Bücher (unseres Verbandes) ab und sandte ihnen am anderen Morgen solche vom christlichen Verband zu. Das war natürlich nur ein „Versehen“ von ihm, das man ihm nicht übel anzurechnen brauchte, wenn er es, aufmerksam gemacht, nur wieder gut zu machen suchte und die „christlichen“ Bücher gegen die guten „deutschen“ wieder eingetauscht hätte. Er wollte aber nicht einmal zugeben, daß ihm ein Versehen passiert sei, noch weniger aber die deutschen Bücher herausgeben, behauptete vielmehr, die Leute seien zum christlichen Verband übergetreten, was diese aber entschieden bestritten. Ebenso entschieden verlangten sie ihre Bücher wieder. Es mußte aber erst von anderer Seite intercediert werden, um sie in den Wiederbesitz der Bücher zu bringen.

Wenn die Christen wieder einmal an unseren Agitationsmethoden etwas auszusetzen haben werden, wird man ihnen entgegenhalten können, daß die Ausnahme gerechtfertigt erscheine, sie hätten a l l e ihre Mitglieder nur aus Versehen — entweder ihrer Funktionäre oder der Mitglieder selber — erhalten, und daß diese eigentlich in unseren Verband gehörten. — Schreiber dieses hatte am Sonnabend, den 2. Mai 1914, Gelegenheit zu beobachten, wie Frauen und Mädchen noch um 1/5 bis 1/2 Stunden aus den Betrieben kamen. Auf Befragen wurde ihm erklärt, die Frauen machten am Sonnabend zweimal 1/2 Stunden Pause. Danach kommt aber immer noch eine Arbeitszeit von 9 bis 9 1/2 Stunden am Sonnabend heraus. Acht Stunden soll sie aber nur betragen. Vielleicht macht die Aufsichtsbehörde die in Frage kommenden Unternehmer einmal auf diese Tatsache aufmerksam. — Für die Gesundheitspolizei wäre es einmal an der Zeit, sich zu überzeugen, ob die Abortanlagen in den Fabriken, besonders der der Firma F. v. Delden, den Vorschriften entsprechen. Nach Ansicht der dortigen Arbeiter ist das nicht der Fall. — Die Firma F. v. Delden leidet fast immer an Arbeitermangel und sucht, namentlich in Sachsen, Weber für ihre Duntweberei zu Löhnen von 28—32 Mk. Kommen die Kollegen dann hier an, sind sie schwer enttäuscht über die lange Arbeitszeit, das hohe Logisgeld (verlangt man doch hier 14 Mk. für Kost und Logis), und der erwartete Lohn ist auch meist nicht zu verdienen. Das Ende vom Liede ist: die Kollegen ziehen truppweise, schwer enttäuscht, wieder von dannen. Wer aber hier bleiben muß, sollte sich doch endlich unserem Verbands anschließen — nicht aus Versehen dem christlichen — und damit zeigen, daß er in der Vereinigung erkämpfen wolle, was ihm als einzelner zu erreichen verjagt bleiben muß.

Osnabrück. (Strenges Regiment.) Jeder auf dem Wirtschaftsmarkt erfahrene Mensch wird die Wahrnehmung machen, daß die Unternehmer, welche in ihren Betrieben noch einigermaßen gleichberechtigte Menschen erblicken, über Arbeitermangel nie zu klagen haben. Andererseits macht man aber die Erfahrung, daß in den sogenannten Taubenställen die Verhältnisse so gestaltet sind, daß man es keinem denkenden Menschen verargen kann, wenn er sich von verschiedenen herbeigelaufenen Meistern, Angestellten oder auch Direktoren nicht behandeln läßt wie ein Schulbube. Wo die Arbeiter und Arbeiterinnen keine Rechte haben, vermindern sich selbstverständlich auch ihre Pflichten. Und wo jede Tätigkeit in produktiver Arbeit nur auf dem eisernen Zwang beruht, sinkt der Arbeiter herab zum Menschentier, zur Maschine. Daß solcher Arbeiter für manche Unternehmer geradezu der Idealarbeiter ist, wissen wir. Fest steht aber auch, daß ein Betrieb, wo solches willenloses Menschenmaterial vorhanden ist, in der Produktivität zurückgeht. Unternehmer, welche so großen Gefallen daran finden, die gelben Sumpfpflanzen zu pflücken, werden das nur eine Weile machen. Dieses Spiel wird ihnen bald zuwider werden, weil sich unter diesen unselbständigen Menschen, die sich in die Werkzeuge pressen lassen, auch ein großer Teil zweifelhafter Elemente befinden. Auch hier haben wir einen Betrieb, an der Jburger Straße, wo ein Direktor ein Regiment führt, welches geeignet ist, jede selbständige Meinung im Arbeiter und auch in den Angestellten im Keime zu ersticken. Dem Herrn Direktor, welcher aus Süddeutschland zureiste, scheint es nicht zu behagen, wenn außer ihm noch andere Menschen einen Willen geltend machen wollen. Der Herr behauptet zwar stets, daß er die Freiheit des Arbeiters durchaus nicht antasten wolle, auch nicht hinsichtlich seiner Organisationszugehörigkeit. Doch wenn einmal ein Arbeiter eine Meinung äußert, die dem Herrn Direktor nicht paßt, dann wird der Arbeiter zwar nicht gemahnt, o nein, doch ihm wird gekündigt. Die Freiheit des Arbeiters ist gewahrt. Unter der früheren Leitung, als Herr Hammerjen, um dessen Betrieb handelt es sich, noch lebte, da konnte man solche Manieren nicht. Und doch ist die Familie Hammerjen wohlhabend geworden und war außerdem beliebt und geachtet. Die Nachkommen haben das Geschäft in eine Aktiengesellschaft umgewandelt, und sofort piff dort ein anderer Wind. Der Gewinn geht in mehrere Teile, und dann muß auch noch das nicht zu farg bemessene Gehalt des Herrn Direktors herausgewirtschaftet werden. Da heißt es schufeln, schanzeln, um Mehrwert zu erzeugen. Müssen die Arbeiter auf Material warten, so haben die Angestellten nicht den Mut, den betr. Arbeitern Entscheidung unter der richtigen Bezeichnung zu schreiben, sondern aus Angst vor dem Direktor wählt man Umwege. Warten auf Material, so behauptet der Herr, gibt es nicht, obwohl täglich gewartet werden muß. Sagen das aber die Arbeiter, dann haben sie gelogen. Widerrede kann dieser Herr überhaupt nicht vertragen. Nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Kontorangestellten müssen gehorchen wie in einer Rekrutenschule. Ein solches Verhalten führt nun allerdings fortwährend zu Differenzen. Sind sie in der Weberei zu Rande, dann erscheinen sie in der Spinnerei. Allerdings sind daran auch die Arbeiter und Arbeiterinnen zum größten Teile mit schuld. Es gilt auch hier das Sprichwort, daß die Arbeiter die Behandlung haben, die sie verdienen. Ein Teil dieser Belegschaft hat sich für würdig gehalten, dem gelben Werkverein beizutreten. In solcher Gesellschaft ist ja Maulhalten die beste Tugend. Ein anderer Teil weiß überhaupt nicht, wohin er gehört. Nur ein kleines Häuflein hat den Weg zur Organisation gefunden, ist aber noch nicht kräftig genug, sich eine andere, freundlichere Behandlung zu erzwingen. Die Arbeitsbedingungen setzt der Herr Direktor fest; wer anderer Meinung ist als er, kommt heraus. Die meisten Beschwerden bekommt der Herr Direktor nicht zu Gesicht. Hat er aber Kenntnis von irgendeiner Maßnahme, dann glaubt er noch Mißbräuche seiner Angestellten denken zu müssen. Die Arbeiter haben ziemliche Furcht, und die Sorge um die Existenz verhindert manche Beschwerde. Wenn auch seitens des Herrn Direktors erklärt wird, daß er für jeden zu sprechen sei, so wissen wir doch, daß der Weg zur Direktion ein ziemlich unsicherer ist. Wer Beschwerden vorbringt, gilt als Mädelstührer und kann sich gefaßt machen, baldigt zu verschwinden. Auch letzthin ist es wieder einem Spinner so ergangen. Dem ist gekündigt worden; er hatte seine Kollegen bei der Direktion vertreten. Wie schon gesagt, haben an diesen Vorkommnissen die Arbeiter und Arbeiterinnen die größte Schuld. Der Betrieb ist durch seinen Generaldirektor im Münsterländischen Arbeitgeberverband organisiert. Das ist jene Vereinigung, welche im schönsten Scharfmacherfabrikantenschwimm. Die Arbeiter aber gebärden sich als geduldige Schafe und nehmen alles hin, wie es kommt. Die Firma liefert auch an Konsumvereine. Da wird verlangt, daß die Arbeitsbedingungen geregelt sein müssen. Das heißt, die Lohn- und Arbeitsbedingungen müssen zwischen der Arbeiterschaft und der Firma vereinbart sein. Das ist bei der Firma Hammerjen nicht der Fall. Dort bestimmt der Herr Direktor, und wer sich nicht duckt, kommt an die frische Luft. Der Betrieb leidet auch ständig an Arbeitermangel. Besonders jetzt werden Leute gebraucht. Die Firma hat noch einen Betrieb in Rheine. Auch dort ist chronischer Arbeitermangel. — Wir erjuchen alle Textilarbeiter und -arbeiterinnen, welche sich noch etwas Selbstbewußtsein und Menschenwürde bewahrt haben, auf Befuche der Firma F. v. Delden nicht zu reagieren. Wer in Osnabrück oder Rheine Arbeit annehmen will bei genannter Firma, ziele erst Erkundigungen bei der Ortsverwaltung in Osnabrück oder bei der Gauleitung des Deutschen Textilarbeiterverbandes in Hannover ein. Unsere Mitglieder sind dann wenigstens vor Enttäuschungen bewahrt.

Nachh. In der letzten Textilarbeiterversammlung wurde nach Erledigung der Eingänge die Abrechnung vom ersten Quartal 1914 gegeben. Die Einnahmen und Ausgaben mit Kassenbestand bilanzieren mit 283,14 Mk. Es ist das erste Mal, daß die Abrechnung höher steht als früher, da der Mitgliederzuwachs ein bedeutender ist. Die Abrechnung war gedrückt und richtig befunden. Zur Gaukonferenz nach Wittweida wurde der Kollege Pfau gewählt. Der

nächste Punkt beschäftigte sich mit Betriebsangelegenheiten. Vor allen Dingen wurde über die Lohnzahlungen sowie über die tariflichen Löhne diskutiert. Die hiesigen Textilarbeiter haben den Dingen mit verdrängten Armen zugehört, und so kamen sie ins Hintertreffen. Die tariflichen Löhne sind anderwärts höher, aber auch sonst fehlt hier jede Regelung. Die Arbeiter sind dadurch immer im Nachteil. Eine geschlossene Organisation fehlt, das ist es. Die Arbeitsordnung könnte in mancher Hinsicht anders sein; solange sie anerkannt wird, ist sie gültig. Beschlossen wurde, im Gasthof zu Briesen ein Mitgliederfranzöser abzuhalten sowie eine Textilarbeiterversammlung mit einer Kollegin als Referentin. Vom Vorsitzenden wurden noch einige Aufklärungen über die „Volkspflege“ gegeben und ersucht, eventuelle Versicherungsabschlüsse dort zu bewerkstelligen. Ersucht wurde noch, die Arbeiterbibliothek, welche über sehr gute Werke verfügt, zahlreich zu benutzen.

Literatur.

Soeben ist im Verlag von J. S. W. Dieck Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart erschienen: **Das Kapital.** Kritik der politischen Ökonomie von Karl Marx. Erstes Buch: Der Produktionsprozess des Kapitals. Volksausgabe. Herausgegeben von Karl Kautsky. XLVIII und 768 Seiten. Preis broschiert 5,50 Mk., gebunden 6,50 Mk.

Die Tatsache, daß die Marx'schen Werke vom 1. Januar 1914 an für den Nachdruck frei wurden, ließ den Wunsch entstehen, die deutsche Sozialdemokratie möge diese Gelegenheit benutzen, das für die Arbeiterklasse wichtigste Werk ihres Meisters, den ersten Band des „Kapital“, dem proletarischen Leser leichter zugänglich zu machen.

Karl Kautsky sagt in dem Vorwort zu der nunmehr vorliegenden Volksausgabe, daß ihn der Vorstand der deutschen Sozialdemokratie aufgefordert habe, eine populäre Ausgabe des „Kapital“ zu veranstalten, und fährt dann fort: „Mir erschien es als eine Pflicht der Pietät gegenüber dem Manne, dem ich mehr als irgendeinem andern an Erkenntnis verdanke, dieser Aufforderung nachzukommen und damit meinen Anteil an der Herausgabe des Marx'schen Nachlasses abzuschließen.“

Außer der Beseitigung einer Menge sinnstörender Druckfehler haben in der Volksausgabe noch eine Reihe handschriftlicher Veränderungen und Zusätze, die von Marx und Engels in ihren Handexemplaren selbst gemacht und in den bisherigen Auflagen nicht berücksichtigt worden sind, Aufnahme finden können. Ebenso sind durch Zuhilfenahme der französischen Uebersetzung des „Kapital“ nicht unerhebliche Verbesserungen, die besonders der leichten Verständlichkeit zugute kommen, vorgenommen worden. Ferner sind Fremdwörter und vor allem Anglicismen soweit als möglich verdeutscht worden, ohne die Eigenart und Kraft der Marx'schen Sprache aufzugeben.

Als eine sehr willkommene Beigabe der Volksausgabe des „Kapital“ wird sich das 68 Seiten umfassende Register erweisen, das insbesondere den Redakteuren der Partei- und Gewerkschaftspresse sowie allen andern Praktikern des proletarischen Emanzipationskampfes als ein Hilfsmittel in der ausbreitenden Tagesarbeit dienen wird.

Die Volksausgabe des „Kapital“ wird sich bei allen, die bereits eine frühere Auflage des Buches besitzen, als überaus nützlich erweisen. Sie sollte in keiner Arbeiterbibliothek fehlen.

Bekanntmachungen.

Vorstand.

Sonntag, den 24. Mai, ist der 21. Wochenbeitrag fällig.

Ortsverwaltungen.

Adressenänderungen.

Gau 8. Neustadt a. O. V.: Oskar Werner, Börtchen bei Neustadt a. O.

Gau 10. Lugau. V.: u. K.: G. Köhler, Sophienstr. 25.

Tariffragen betreffend. Auskunft wird an nachbenannten Stellen erteilt.

Gau 3 (Arefeld): Paul Vater, M.-Gladbach, Königsstr. 13.

Gau 5 (Mühlhausen i. G.): Josef Gsell, Mühlhausen i. G., Dornacher Straße 3 (Teleph.: 1777).

Gau 7 (Augsburg): Michael von der Meulen, Augsburg, Unteres Kreuz 313.

Gau 8 (Gera): Tariffkommission, Gera (R.), Schülerstr. 5, Hinterhaus 1 Tr. Sonnabends nachmittags von 4—6 Uhr.

Gau 9 (Flauen i. B.): Tariffkommission für den Bezirk Oberfranken, Mag. Raithel, Hof i. B., Lorenzstr. 23.

Gau 11 (Neugersdorf): Gustav Fiammiger, Neugersdorf, Postweg 96i.

Gau 12 (Liegnitz): Hermann Reichgräber, Langenbielau, 1. Bezirk, Nr. 11.

Gau 13 (Berlin und Vororte): Tariffkommission der Teppich- und Plüschbranche. Alle Sendungen sind zu richten an Marg. Gruhl, Berlin O. 27, Andreasstr. 17.

Greiz und Umg.: Geschäftsstelle, Greiz, Breuningstr. 12. Sonnabends nachmittags von 4—5 Uhr.

Vielefeld. Tariffkommission für Plüschweberei: Rudolf Strate, Stieghorst Nr. 155, bei Vielefeld.

Sameln a. W. Tariffkommission der Teppich- und Rutenweberei: Heinrich Albert, Sameln a. W., Kupferschmiede Str. 2.

Mylau und Reischkau: Geschäftsstelle, Mylaustr. C. 28 I. Auskünfte daselbst abends von 6—8 Uhr.

Reichenbach i. B.: Geschäftsstelle, Reichenbach i. B., Weisstr. 3. Schriftlichen Anfragen ist der Filialstempel aufzudrücken.

Von allen irgendwo geltenden Lohnlisten, Lohnstarifen ujm. wolle man der zuständigen Tariffstelle zwei Exemplare zustellen.

Totenliste.

Gestorbene Mitglieder:

Baiersgrün. Johann Seel, Handweber, 58 Jahre alt — Magenkrebs.

Berlin-Röpenitz. Gustav Zülch, Färber, 43 Jahre alt.

Bramsche. Am 7. Mai Karoline Lürmann, 40 Jahre alt.

Chemnitz. Max Walther Steiß, Färber, 27 Jahre alt — Bluthurz.

Crimmitschau. Am 14. Mai August Trillitsch, 53 Jahre alt — Herzschwäche.

Hamburg. Erna Boldt, Legerin — Typhus.

Hemelingen. Adelheid Schaffer, 40 Jahre alt — Lungenentzündung.

Hof. Heinrich Fritsch, Weber, 26 Jahre alt — Lungenleiden.

Ludonwalde. Auguste Treub, Wollseerin, 65 Jahre alt —

Reutlingen. Johannes Bruner, 24 Jahre alt — Herzleiden.

Flauen i. B. Ernst Köstler, Oberfleischer, 48 Jahre alt — Lungenleiden.

Ehre ihrem Andenken!

Streitfalltafel.

(Die Meldungen für die Streitfalltafel müssen jede Woche erneuert werden, wenn sie wiederholt werden sollen.)

In Bewegung befinden sich:

Anseker, Spinner und Aufstecker in: Gröbba bei Riesa a. G. (Baumwollspinnerei).

Weber, Färber, Bleicher in: Elmshorn (Mechan. Weberei, Färberei und Bleicherei).

Spitzenweber in: Grimma (Wirkigt).

Seiden- und Stoffdrucker in: Schweiz.

Weber in: Bad Lausitz (Roch).

Elmshorn (Mech. Weberei, G. m. b. H.).

Cunewalde (W. Kalauch).

Glauchau-Meerane.

Seidenbandwirker in: Barmen (G. W. Kemna).

Trikotagenarbeiter in: Limbach i. S. (E. Winkler).

Handschuharbeiter in: Aßch i. B.

Aus sonstigen Gründen sollen Zugang unterlassen:

Kurbelsticker nach: Berlin.

Bandweber nach: Apolda.

Färber und Wäscher nach: Berlin, Schweiz.

Spinner, Annacher, Aufstecker nach: Dietzheim.

Osnabrück und Rheine (F. A. Hammerjen, Baumwollspinnerei und -weberei).

Plüsch- und Teppichweber nach: Berlin.

Stoffdrucker nach: Penig.

Handschuhzuschnneider nach: Limbach.

Gummibandweber nach: Barmen (Aug. Rehrenberg).

Wien.

Spitzen-, Gardinen-, Tüllweber nach: Kalisch (Ruffisch-Polen).

Weber und Weberinnen verschiedener Art nach: Neustadt a. Orla, Brandenburg a. S., Gamburg, Sameln, Kassel, Ludonwalde, Oederan, Offenbach am Main, Reichenbach i. B., Forst i. B., Hohenstein-Ernstthal (Willy Ende), Barth an der Ostsee, Siedingen (Rheinl.), Zittau-Scheibe (G. G. Thomas, Dedon- und Scheuerlochweber).

Posamentierer nach: Berlin.

Kopenhagen (Winstrom, Westergade 10).

Bandwirker und Arbeiterinnen nach: Fürth (Firma J. Heymann).

Stoffhandschuharbeiter nach: Aßch in Böhmen (Eisenhimmel u. Co.).

Textilarbeiter überhaupt nach: Spremberg a. L., Hannover.

Ebersbach i. Sa. (Wünsch's Erben).

Duisburg.

Da in Riesa-Gröbba und in Lublinitz keine Unterstützung gezahlt wird, wolle jeder in seinem eigenen Interesse diese Orte meiden. Auskunft für Lublinitz in Breslau, Leuthenstr. 17, Geschäftsstelle des Textilarbeiterverbandes.

An Reisende, die nach den in der Streitfalltafel aufgeführten Orten kommen, wird keinerlei Unterstützung gezahlt.

Bei Anfragen wegen Arbeit ist stets die S i a m m - R u m m e r z des Mitgliedsbuches anzugeben.

Versammlungskalender.

Altenburg S.-A. Donnerstag, 11. Juni, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftsheim“, Hillgasse.

Berlin. Zentralstelle: Jeden Freitag, abends von 5 bis 9 Uhr, in der Geschäftsstelle, Andreasstr. 17. Telephon: Königsplatz 1873. **Zahltag.**

Berlin. (Sektion der Posamentierer.) Jeden Sonnabend, abends von 6—8 Uhr, bei Lohann, Neue Jakobstr. 26: **Zahltag.**

Berlin. (Sektion der Bekleure und Presser.) Jeden Sonnabend, abends von 7—8 Uhr, bei Radke, Neue Jakobstr., Ede Inselstraße: **Zahltag.**

Berlin. (Sektion Weissenfee.) Jeden Sonnabend, abends von 6 bis 8 Uhr, bei Paulich, Lehderstr. 5: **Zahltag.**

Berlin. (Sektion der Seider.) Jeden Freitag, abends von 8 bis 10 Uhr, bei Eiste, Wallstr. 32—33: **Zahltag und Besprechung von Branchenangelegenheiten.**

Berlin. (Für Moabit.) Zahlstelle: Waldstraße 12 bei Radlitz.

Berlin. (Für den Norden.) Zahlstelle: Brunnenstr. 79, bei R. Döhling.

Berlin. (Für Reinickendorf.) Zahlstelle: Koloniestr. 40 bei Hennig.

Berlin. (Für Neufölln.) Zahlstelle: Bienenstr. 69 bei Kramer.

Berlin. (Für Britz.) Zahlstelle: Kirchhofstr. 41 bei Wolff.

Berlin. (Für Nimmelsburg.) Zahlstelle: Hauptstr. 57, bei S. Bogzontek.

Berlin. (Für Südost.) Zahlstelle: Rückertstr. 2.

Berlin. (Sektion der Hand- und Schiffschneider und des Hilfs-personals.) Jeden Sonnabend, abends von 8 1/2 bis 10 Uhr, bei Friedrich Vogt, Webersstr. 6.

Dresden. (Posamentierer.) Montag, 25. Mai, abends 7 Uhr, Kaufbachstr. 16, im „Senefelders“.

Görlitz. Sonnabend, 20. Juni, im „Felsenkeller“, Samenstr. 8.

Sameln. Sonnabend, 30. Mai, abends 8 1/2 Uhr.

Kottbus. Mittwoch, 27. Mai, abends 8 Uhr, im Konzerthaus, Kottbus.

Magdeburg. Mittwoch, 27. Mai, abends 8 1/2 Uhr, bei Dönnig, M.-L., Fabrikstr. 5/6.

Rowawes. Freitag, abends von 8—9 Uhr, bei Gienke, Wallstraße 55: **Zahltag.**

Nürtingen. Sonnabend, 30. Mai, abends 8 Uhr, in der „Traube“.

Tailfingen. Sonnabend, 30. Mai.

Treuen i. B. Sonnabend, 30. Mai.

Weiler. Sonntag, 24. Mai, nachmittags 2 1/2 Uhr, im „Mab“.

Erscheinen aller in allen Versammlungen notwendig!

Redaktionschluss für die nächste Nummer Sonnabend, den 23. Mai.

Verlag: Karl Hübsch. — Verantwortlich für die mit * versehenen Artikel Hermann Krüger, für alles andere Paul Wagener. — Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. — Sämtlich in Berlin.

Gelesene Exemplare dieses Blattes gibt man an unorganisierte Kollegen und Kolleginnen weiter.